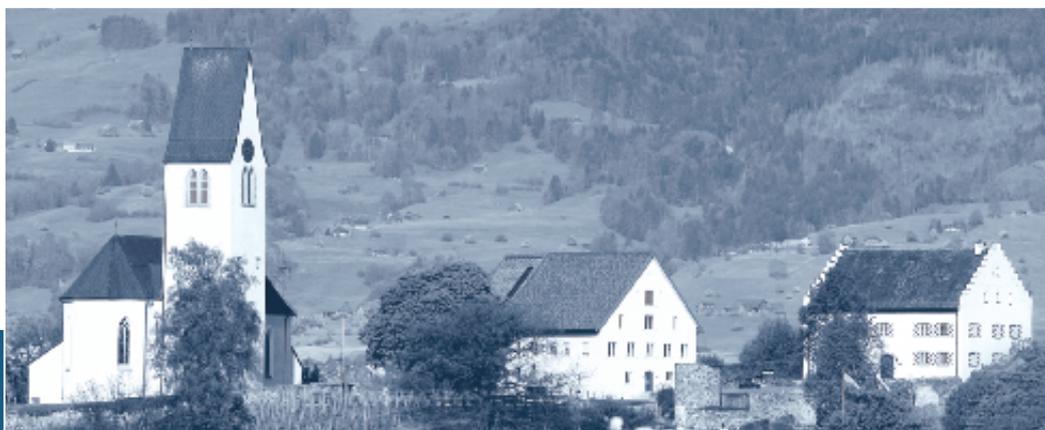




Silvia Simon

Zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung von Kleinstaaten

Kleinheitsbedingte Optionen und Restriktionen
am Beispiel Liechtenstein



Beiträge 37/2006

Beiträge Liechtenstein-Institut Nr. 37/2006

Die Verantwortung für die „Beiträge Liechtenstein-Institut“
liegt bei den jeweiligen Autoren.

Kontakt: Prof. Dr. Silvia Simon (si@liechtenstein-institut.li)

Silvia Simon

Zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung von Kleinstaat

Kleinheitsbedingte Optionen und Restriktionen
am Beispiel Liechtenstein

Beiträge Nr. 37/2006 – ISBN-3-9523122-6-6

Fachbereich Wirtschaftswissenschaft

Liechtenstein-Institut, Auf dem Kirchhügel, St. Luziweg 2, FL-9487 Bendern
Telefon (00423) 373 30 22 - Fax (00423) 373 54 22
<http://www.liechtenstein-institut.li> - admin@liechtenstein-institut.li

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	1
2	Liechtensteins Volkswirtschaft auf Wachstumskurs – eine Momentaufnahme	2
3	Theoretische Grundlagen einer zukunftsfähigen Wirtschaftsentwicklung	3
3.1	Zukunftsfähigkeit im Sinne des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung	4
3.2	Wirtschaftsentwicklung und Wachstumsdebatte	8
3.3	Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung Liechtensteins – Eine Synthese	27
4	Kleinstaat als Untersuchungsgegenstand sui generis?	29
4.1	Klein- und Mikrostaaten als Gegenstand der Kleinstaatforschung	30
4.2	Überblick über die ökonomische Kleinstaatforschung	31
4.3	Notwendigkeit einer kleinstaatenspezifischen Betrachtungsweise	33
5	Kleinheitsbedingte Optionen und Restriktionen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung	34
5.1	Kleinstaatlichkeit und Globalisierung als analytischer Rahmen	34
5.2	Optionen und Restriktionen in einer globalisierten Welt	35
6	Zusammenfassung und Ausblick	44
7	Bibliographie	45

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsproduktes	3
Abbildung 2: Interdependenzen der Subsysteme	5
Abbildung 3: Methodische Basis des Nachhaltigkeitskonzeptes	7
Abbildung 4: Magisches Viereck	9
Abbildung 5: Wachstumsdeterminanten im Überblick	14
Abbildung 6: Unmittelbare Wachstumsdeterminanten	14
Abbildung 7: Innovationsprozess und Wirtschaftswachstum	16
Abbildung 8: Mittelbare Wachstumsdeterminanten	17
Abbildung 9: Konzeptionen des Wohlergehens	26
Abbildung 10: Beschäftigungsstruktur in Liechtenstein per 31.12.2005	39

1 Einführung

„Liechtenstein gilt bei vielen Europäern als »Land hinter den sieben Bergen bei den sieben Zwergen«. Tatsächlich aber hat sich der europäische Kleinstaat innerhalb der letzten 50 Jahre zu einem bedeutenden Wirtschaftsstandort und Finanzplatz entwickelt. [...] Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat Liechtenstein eine wirtschaftliche Entwicklung erlebt, wie sie – proportional gesehen – kein anderes westliches Land aufzuweisen hat.“¹

Mit dieser beispielhaften Wirtschaftsentwicklung stellt Liechtenstein allerdings keinen Einzelfall unter den Kleinstaaten dar. Derzeit rangieren – gemessen am Bruttonational-einkommen (BNE) pro Kopf unter den 20 »reichsten« Staaten der Welt zwölf Staaten mit weniger als zehn Millionen Einwohner.² Wenngleich das BNE kein unumstrittener Wohlstandsindikator und noch weniger ein aussagekräftiger Wohlfahrtsmaßstab ist,³ so ist der wirtschaftliche Erfolg zahlreicher Kleinstaaten doch unbestritten.⁴ Mit Blick auf das Fürstentum Liechtenstein ist der Regierung zuzustimmen, dass sich die liechtensteinische Volkswirtschaft derzeit in sehr guter Verfassung befindet.⁵ Aber sich deshalb auf den Leistungen der Vergangenheit und Gegenwart auszuruhen, wäre mit Sicherheit der falsche Weg in einer sich immer schneller wandelnden Weltwirtschaft. Die jahrelange Wachstumsschwäche des einstigen »Wirtschaftswunderlandes« Deutschland und die Wachstumserfolge im zweistelligen Bereich asiatischer Schwellenländer – allen voran China und Indien – veranschaulichen die Dynamik weltweiter Konvergenz- und Divergenzprozesse.

Vor diesem Hintergrund stellt sich auch für Liechtenstein stets aufs Neue die Frage nach der Zukunftsfähigkeit seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Bevor hierauf allerdings eine Antwort gegeben werden kann, muss zunächst geklärt werden, wodurch sich eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung auszeichnet. Diese Aufgabe steht im Zentrum der vorliegenden Arbeit.

Ausgehend von einer kurzen Momentaufnahme der liechtensteinischen Wirtschaftsleistung wird in einem ersten Schritt der Frage nachgegangen, wodurch die Zukunftsfähigkeit aktueller Entwicklungspfade gekennzeichnet ist. Dabei wird das Adjektiv »zukunftsfähig« mit »nachhaltig« gleich gesetzt⁶ und die Interpretation erfolgt mit Bezug auf das integrierende Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. „Auch wenn bekanntermaßen alles mit allem zusammenhängt – es bleibt weiterhin gültig: Wer alles gleichzeitig untersuchen will, untersucht nichts.“⁷ Aus diesem Grund liegt der Fokus auf der

¹ Bundesagentur für Arbeit (2005), S. 2.

² Vgl. United Nations Statistics Division unter: <http://unstats.un.org/unsd/snaama/selectionbasisFast.asp> (Abruf vom 06.06.2006).

³ Vgl. Steurer (2002), S. 47.

⁴ Vgl. Easterly, Kraay (1999), S. 5.

⁵ Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2005), S. 18.

⁶ Vgl. auch Kurz (2002), S. 90.

⁷ Heinrichs (2003), S. 13.

Volkswirtschaft als Untersuchungsgegenstand, was eine Auseinandersetzung mit zentralen makroökonomischen Zielgrößen, allen voran das Wachstumsziel, nötig macht. In einem zweiten Schritt wird dargelegt, warum für die hier verfolgte Fragestellung ein kleinstaatenspezifischer Analyserahmen sinnvoll ist, wengleich die empirische Tatsache, dass die Größe eines Landes keinen Rückschluss auf sein Wohlstandsniveau zulässt, dieser Herangehensweise zu widersprechen scheint. Abschließend wird am Beispiel Liechtensteins der Frage nachgegangen, welchen spezifischen Optionen und Restriktionen die zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung von Kleinststaaten unter den Bedingungen der Globalisierung unterliegt.

2 Liechtensteins Volkswirtschaft auf Wachstumskurs – eine Momentaufnahme

Liechtensteins nominales BNE von 3.538,1 Mio. CHF im Jahr 2003⁸ entspricht rund einem Drittel des estnischen Wertes⁹ und zwar mit nicht einmal 3 Prozent der Einwohnerzahl von Estland. Unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl erreicht selbst das schweizerische BNE pro Kopf¹⁰ nur knapp zwei Drittel des liechtensteinischen Wertes von 103.650 CHF.

Wengleich auch Liechtenstein in den letzten Jahren einen wirtschaftlichen Abschwung in Kauf nehmen musste, ist diese Talsohle mittlerweile überwunden und die Volkswirtschaft wieder auf Wachstum programmiert. So rechnet die *Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein* im Zeitraum von 2004 bis 2006 mit einem jährlichen Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) zwischen 4,8 und 8,6 Prozent.¹¹ Auch das *Amt für Volkswirtschaft* schließt sich dieser positiven Zukunftserwartung an: „Die liechtensteinische Volkswirtschaft befindet sich derzeit in einer guten konjunkturellen Lage. [...] Das volkswirtschaftliche Umfeld ist für die liechtensteinische Wirtschaft nach wie vor günstig.“¹² Ebenso spiegelt die aktuelle Konjunkturumfrage unter den Unternehmen der Industrie und des warenproduzierenden Gewerbes insgesamt ein optimistisches Stimmungsbild wieder, indem immerhin 66 Prozent der befragten Unternehmen ihre derzeitige Lage als gut einschätzen und fast 90 Prozent der Firmen im 3. Quartal 2006 konstante oder sogar steigende Auftragseingänge zu verzeichnen hatten.¹³

⁸ Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2006d), S. 42.

⁹ Estland wies ein BNE von 8.508 Mio. USD auf. Vgl. United Nations Statistics Division unter: <http://unstats.un.org/unsd/snaama/selectionbasicFast.asp> (Abruf vom 09.08.2006). Bei einem Umrechnungskurs von 1,34524 USD/CHF im Jahr 2003 ergibt dies einen Wert von 11.445 Mio. CHF. Allerdings erfolgt die Berechnung nicht nach Kaufkraftstandards (KKS), was die Vergleichbarkeit einschränkt.

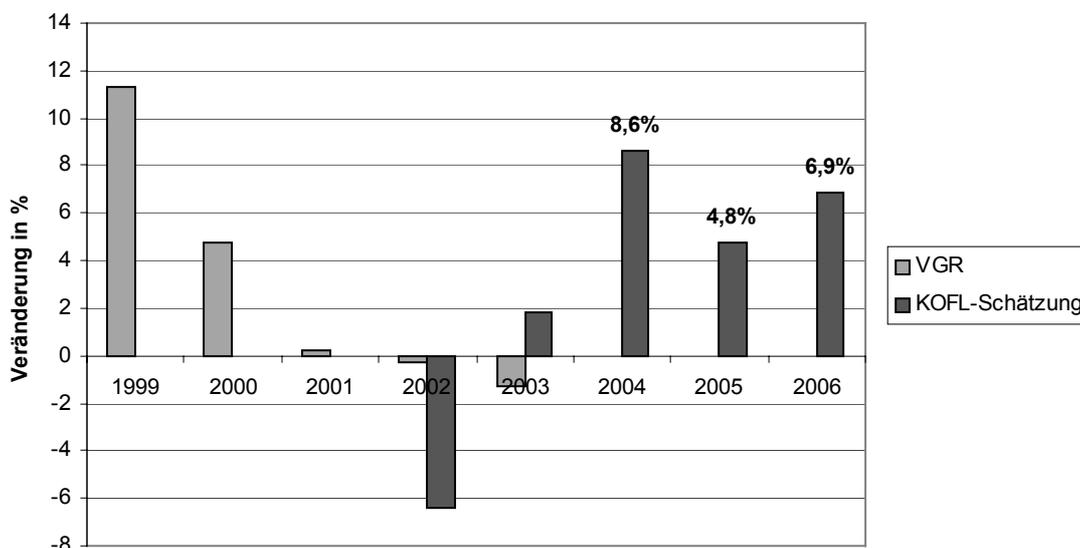
¹⁰ Vgl. Bundesamt für Statistik (2005), S. 30.

¹¹ Vgl. Schlag (2005), S. 51.

¹² Amt für Volkswirtschaft (2006a), S. 15. Ähnlich Amt für Volkswirtschaft (2006b), S. 15.

¹³ Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2006c), S. 3 ff.

Abbildung 1: Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsproduktes



Quelle: Amt für Volkswirtschaft (2006d), S. 42 und Schlag (2005), S. 51.

Diese erfreuliche Momentaufnahme, die in erster Linie die kurzfristige Auslastung des Produktionspotenzials widerspiegelt, ist eine notwendige aber keine hinreichende Bedingung für die langfristige Zukunftsfähigkeit der liechtensteinischen Wirtschaft. In einem nächsten Schritt muss deshalb die Frage geklärt werden, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit die wirtschaftliche Entwicklung Liechtensteins als zukunftsfähig bezeichnet werden kann.

3 Theoretische Grundlagen einer zukunftsfähigen Wirtschaftsentwicklung

Die oben aufgeworfene Frage lässt sich in zwei Teilaspekte unterteilen. Zunächst muss eine Konkretisierung des Adjektivs »zukunftsfähig« erfolgen. In einem zweiten Schritt müssen die Leitvorstellungen für die wirtschaftliche Entwicklung Liechtensteins sowie deren grundlegende Determinanten näher betrachtet werden.

3.1 Zukunftsfähigkeit im Sinne des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung

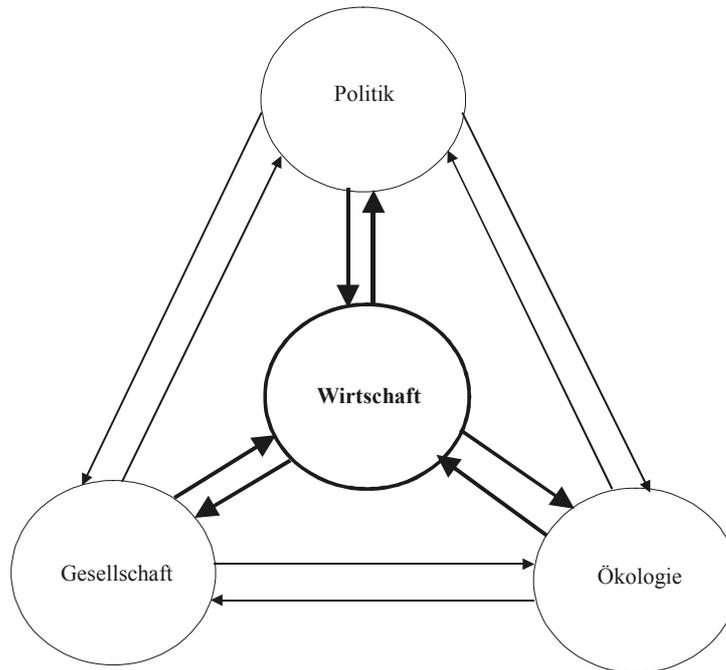
Liechtenstein als Ganzes setzt sich aus den verschiedenen Subsystemen Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Ökologie zusammen, die nicht unverbunden nebeneinander stehen, sondern sich gegenseitig beeinflussen. So dient beispielsweise die Natur der Wirtschaft als Lieferantin von natürlichen Rohstoffen zur Verwendung in der Produktion, während auf der anderen Seite die wirtschaftliche Produktionsweise nicht ohne Folgen für das ökologische Gleichgewicht ist, was sich wiederum direkt oder indirekt auf das Subsystem Wirtschaft auswirkt. Wie stark die Wechselwirkungen tatsächlich sind, zeigt eindrucksvoll die aktuelle Klimastudie¹⁴ des früheren Weltbank-Chefökonomens *Nicholas Stern*. So droht durch den Klimawandel ein Einbruch der weltweiten Wirtschaftsleistung um bis zu 20 Prozent. Demgegenüber könnte die Weltwirtschaft mit zielgerichteten Umweltinvestitionen nicht nur die Folgen der Erderwärmung abwenden, sondern sogar bis 2050 einen Profit von 2,5 Bio. USD erwirtschaften.¹⁵ Derartige Interdependenzen dürfen im Hinblick auf eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung nicht ignoriert werden. So „[...] deckt der Terminus »wirtschaftliche Entwicklung« ein breiteres Spektrum der mit dem volkswirtschaftlichen Wachstum verbundenen Prozesse ab und umfasst neben den rein ökonomischen auch [...] Aspekte, die als Vorbedingungen oder Konsequenzen des Wirtschaftswachstums auftreten.“¹⁶

¹⁴ Siehe im Internet unter: http://www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/stern_review_report.cfm (Abruf vom 04.11.2006).

¹⁵ Vgl. Thibaut, Hautschild, Stratmann (2006), S. 1.

¹⁶ Holttfrerich (1980), S. 413.

Abbildung 2: Interdependenzen der Subsysteme



Quelle: Eigene Darstellung.

Das **Leitbild der nachhaltigen Entwicklung** stellt ein solches integriertes Gesamtkonzept dar,¹⁷ das der Komplexität und dem Wirkungsgeflecht unterschiedlicher Entwicklungen angemessen Rechnung trägt. Entsprechend werden an dieser Stelle die Adjektive »zukunftsfähig« und »nachhaltig« synonym verwendet.¹⁸

Gemäß der gängigen Praxis¹⁹ wird bei der Definition von nachhaltiger Entwicklung auf das Verständnis der *Brundtland-Kommission* zurückgegriffen. „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“²⁰

Um nicht zu einer Leerformel zu verkommen, bedarf das ethische Nachhaltigkeitskonzept allerdings einer näheren Konkretisierung, indem es zunächst im Kontext der Generationengerechtigkeit interpretiert wird.²¹ Demnach ist eine Entwicklung dann nachhaltig, wenn sie im Sinne der intra- und intergenerativen Gerechtigkeit allen heute lebenden Generationen und Gesellschaftsmitgliedern ebenso gerecht wird, wie allen künftigen Geburtsjahrgängen.²² Zusätzlich wird das Nachhaltigkeitskonzept vielfach²³ mit

¹⁷ Vgl. Enquete-Kommission (1998), S. 32.

¹⁸ Vgl. auch Kurz (2002), S. 90.

¹⁹ Vgl. UBA (2002), S. 1. Kritisch Willeke (2002), S. 15.

²⁰ WCED (1987), S. 43.

²¹ Vgl. BUND, Misereor (1996), S. 24 f.; Müller-Christ (2005), S. 4.

²² Vgl. Kurz (2002), S. 90.

²³ Vgl. die Literaturlauswertung bei Tremmel (2003), S. 100 ff.

Hilfe eines Säulen- beziehungsweise Dimensionenkonzeptes konkretisiert.²⁴ Am häufigsten anzutreffen²⁵ ist das »Drei-Säulen-Modell«, das sich auf die drei Subsysteme Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft bezieht.²⁶ „Die drei Dimensionen werden oft als voneinander unabhängige Pfeiler, Säulen oder als »magisches Dreieck« dargestellt. Dies ist einerseits sinnvoll um darzulegen, welche Bereiche unter dem Begriff »Nachhaltige Entwicklung« subsumiert werden sollen. [...] Andererseits wird bemängelt, dass das Konzept mehr trennt als verbindet und die Trennung künstlich ist. [...] Dieser Kritik kann begegnet werden, indem für alle drei Säulen qualitative Zieldimensionen formuliert werden, die dann je auf alle drei Dimensionen angewendet werden können.“²⁷ Diese Vorgehensweise bietet sich gerade für die vorliegende Arbeit an, bei der der Fokus auf dem Subsystem Wirtschaft liegt. Entsprechend werden anstelle von Bereichen oder Säulen die Zieldimensionen »Ökonomieverträglichkeit«, »Ökologieverträglichkeit« und »Sozialverträglichkeit« formuliert,²⁸ die für das hier zu betrachtende Subsystem Wirtschaft gleichermaßen Gültigkeit haben. „Dabei dürfte es heutzutage allgemein anerkannt sein, dass die ökonomische Leistungsfähigkeit eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine gedeihliche Entwicklung einer Volkswirtschaft darstellt. Das Wirtschaften muss auch umwelt- und sozialverträglich sein, andernfalls werden auch der ökonomischen Entwicklung die Grundlagen entzogen“.²⁹

²⁴ Vgl. Enquete-Kommission (1998), S. 30 ff.

²⁵ Vgl. Tremmel (2003), S. 118.

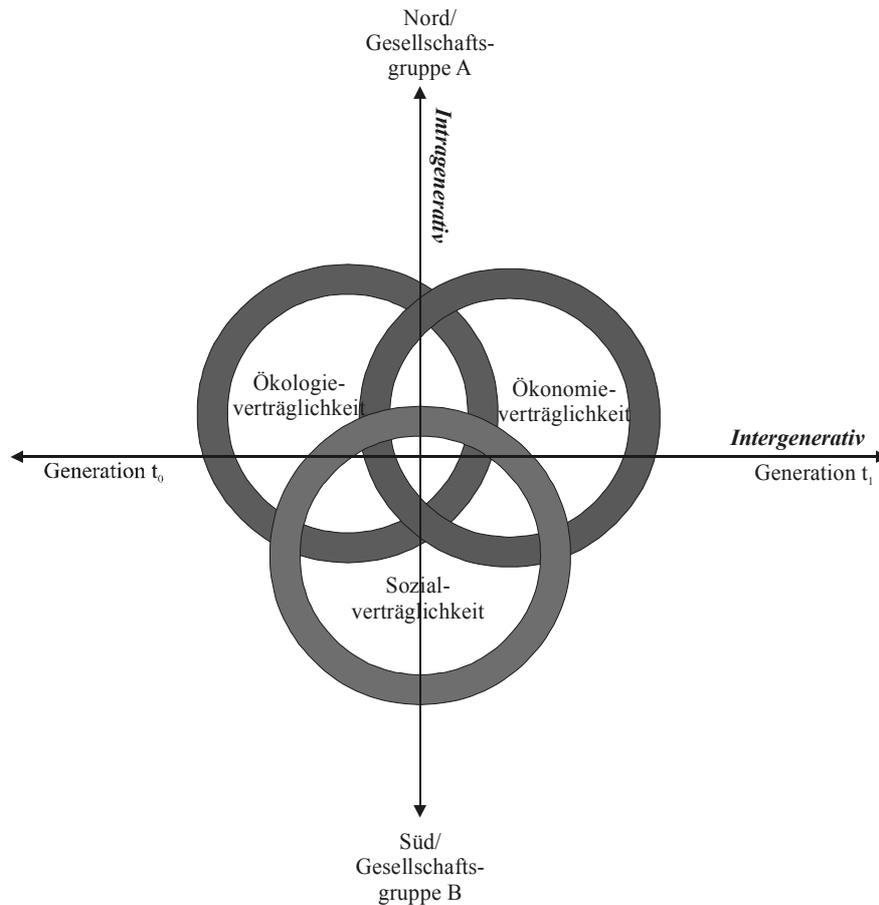
²⁶ Vgl. Rogall (2000), S. 101 f.

²⁷ BFS, BUWAL, ARE (2003), S. 16 f.

²⁸ Vgl. zum Beispiel IDARio (1995), S. 12.

²⁹ Regierung des Fürstentums Liechtenstein (2000), S. 5.

Abbildung 3: Methodische Basis des Nachhaltigkeitskonzeptes



Quelle: DEZA, ARE (2004), S. 3.

Mit der Generationenperspektive einerseits und den Zieldimensionen andererseits konnte eine erste Konkretisierung erreicht werden, die allerdings noch weiter mit Leben gefüllt werden muss. Die Hauptaufgabe der Volkswirtschaft ist eine rein ökonomische und besteht unzweifelhaft darin, notwendige Güter zur Deckung der menschlichen Bedürfnisse »bestmöglich« bereitzustellen.³⁰ Die hier mit dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung verfolgte integrierte Betrachtungsweise kann nicht bedeuten, die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Volkswirtschaft infrage zu stellen, da ja gerade das Nachhaltigkeitspostulat eine Entwicklung fordert, „[...] die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“³¹ Wenngleich an dieser Stelle keine dezidierte Auseinandersetzung mit dem Begriff »Bedürfnis« erfolgen kann,³² sind darunter stets sowohl immate-

³⁰ Vgl. Baßeler, Heinrich, Utecht (2002), S. 12.

³¹ Hauff (1987), S. 46.

³² Vgl. hierzu Di Giulio (2003), S. 316 ff.

rielle als auch materielle Bedürfnisse zu verstehen, von denen letztere nur durch Wirtschaften zu befriedigen sind.

Somit findet keine Beschneidung, sondern eine Erweiterung der ökonomischen Perspektive statt, die unter Kenntnisnahme der in *Abbildung 2* beschriebenen Wechselwirkungen letztlich unabdingbare Voraussetzung dafür ist, um Aussagen über eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung ableiten zu können. Was sind nun aber die Leitlinien einer zukunftsfähigen Wirtschaftsentwicklung? Die Diskussion darüber ist noch nicht soweit fortgeschritten,³³ als dass ein fertiger und allgemein anerkannter Kriterienkatalog präsentiert werden kann. Deshalb werden in einem ersten Schritt die innerhalb der Wirtschaftswissenschaften vorherrschenden Paradigmen dargestellt, die anschließend durch die »Nachhaltigkeitsbrille« betrachtet und bewertet werden.

3.2 Wirtschaftsentwicklung und Wachstumsdebatte

„Ungeachtet der alternativen Sichtweisen bezüglich der Funktionsweise einer Volkswirtschaft [...] besteht Einigkeit darüber, dass eine Volkswirtschaft »gute« Ergebnisse liefern soll. Die »Idealzustände« nennt man »Ziele«“.³⁴ Aufgrund zahlreicher negativer Erfahrungen in der Vergangenheit, wie etwa die Massenarbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise, haben sich – abgeleitet aus übergeordneten gesellschaftlichen Grundwerten – vier traditionelle, gesamtwirtschaftliche Ziele für das Subsystem Volkswirtschaft herauskristallisiert,³⁵ die oftmals auch als magisches Viereck bezeichnet werden.³⁶

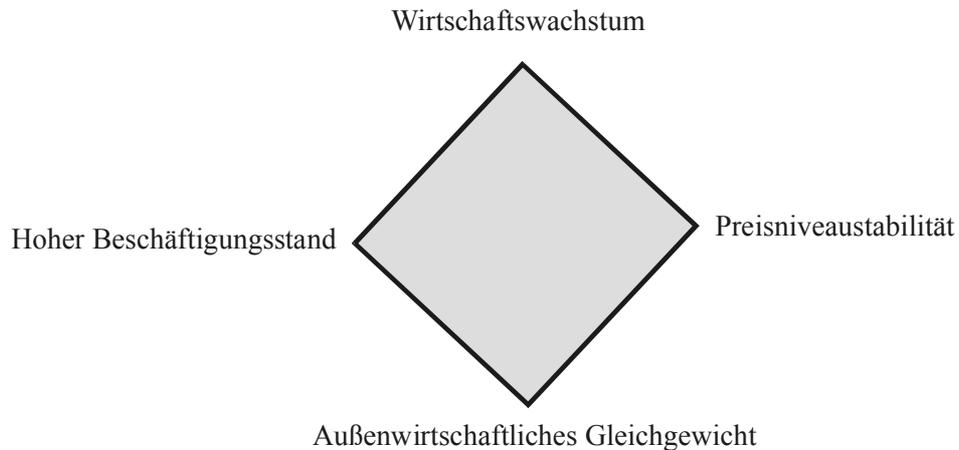
³³ Vgl. Rogall (2000), S. 103.

³⁴ Mussel, Pätzold (2001), S. 19.

³⁵ Vgl. beispielsweise Woll (2000), S. 83 und Koch, Czogalla (2004), S. 19.

³⁶ Vgl. Mussel, Pätzold (2001), S. 21.

Abbildung 4: Magisches Viereck



Quelle: Eigene Darstellung nach Mussel, Pätzold (2001), S. 21.

Im Folgenden soll der Komponente des **Wirtschaftswachstums** besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, da diesem Ziel in der öffentlichen Debatte oftmals Vorrang eingeräumt wird. „Die Aufzählung dieser Vielzahl von Zielen unterschlägt die Priorität des Wachstumszieles. Diese ergibt sich daraus, dass die meisten anderen Ziele bei Wirtschaftswachstum leichter zu erreichen sind als in einer stagnierenden Wirtschaft.“³⁷ Allerdings wird das Wachstumsziel gerade mit Bezug auf eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung kontrovers diskutiert.³⁸

Darüber hinaus wurde in Politik und Wissenschaft der Forderung nach der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften im Zuge der fortschreitenden Globalisierung immer mehr Nachdruck verliehen.³⁹ Das Ziel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit hat damit auch die enger gefasste Vorstellung eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts zunehmend ersetzt. Liechtensteins Wirtschaftsentwicklung ist aufgrund des kleinen Heimmarktes im besonderen Maße von seinen Erfolgen auf internationalen Märkten abhängig. Auf eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Konzepten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit⁴⁰ wird an dieser Stelle dennoch verzichtet. Dies kann damit gerechtfertigt werden, dass Wachstums- und Wettbewerbsparameter sich in einer globalisierten Welt vielfach annähern, wie die Ausführungen zu den Determinanten des Wirtschaftswachstums zeigen.

³⁷ Aiginger (2004), S. 38.

³⁸ Vgl. Willeke (2002) einerseits und Daly (1997) andererseits.

³⁹ Vgl. Sachverständigenrat (2004), S. 350.

⁴⁰ Vgl. Reichel (2002), S. 14 ff.

3.2.1 Ökonomische Konzeptionen und Modelle des wirtschaftlichen Wachstums

„»Die« Definition für Wachstum gibt es nicht, kann es wohl auch nicht geben.“⁴¹ Dennoch hat sich in den Wirtschaftswissenschaften das **Verständnis von Wirtschaftswachstum** als einer langfristigen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Güterproduktion durchgesetzt, das mit Hilfe der Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) beziehungsweise Bruttonationaleinkommens (BNE) - absolut oder pro Kopf – operationalisiert und gemessen wird.⁴² Ein Vorteil dieser Verfahrensweise ist, dass mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ein standardisiertes und international vergleichbares Buchhaltungssystem zur Berechnung existiert. Im Fürstentum Liechtenstein wurde die VGR erst relativ spät in Anschluss an die Grundlagenarbeit von *Oehry*⁴³ eingeführt. Die erste Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Liechtensteins (VGR FL) wurde im November 2000 zu den wirtschaftlichen Aktivitäten des Jahres 1998 publiziert.⁴⁴ Die VGR FL besteht aus fünf Konten und stützt sich bei der Berechnungsweise der einzelnen Transaktionen auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95).⁴⁵

An dieser gemeinhin anerkannten Vorgehensweise entzündeten sich aber zwei zentrale Kritikpunkte. Zum einen wird die Aussagekraft des Bruttoinlandsproduktes beziehungsweise Bruttonationaleinkommens generell hinterfragt. „Mit der Frage, was bei der Berechnung [...] berücksichtigt wird, steht zugleich die Frage im Raum, was dabei aus welchen Gründen nicht berücksichtigt wird.“⁴⁶ Eine Frage, die vor allem in der Auseinandersetzung um quantitatives versus qualitatives beziehungsweise nachhaltiges Wachstum virulent wird.⁴⁷ Erkennt man allerdings grundsätzlich das BIP als Wohlstandsindikator an, dann kann empirisch nachgewiesen werden, dass Wachstum und Wohlstandsniveau pro Kopf positiv korrelieren.⁴⁸

Zum zweiten wird immer wieder darauf hingewiesen,⁴⁹ dass die Veränderungsraten von BIP und BNE im Grunde Indikatoren für kurzfristige konjunkturelle Schwankungen seien, so dass in jedem Fall auf lange Zeiträume abgestellt werden müsse. Das Erfordernis der Langfristigkeit hat zu alternativen Messkonzepten geführt, die sich am Wachstum des Produktionspotenzials orientieren. Solche Produktionspotenzialschätzungen werden unter anderem vom *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*⁵⁰ vorgenommen.

Weitaus größere Probleme bereitet allerdings die Frage nach den Ursachen für wirtschaftliches Wachstum. „Wachstum ist praktisch immer das Ergebnis komplizierter, zeit- und raumabhängiger Prozesse [...], das von einem schwer durchschaubaren Sys-

⁴¹ Woll (2000), S. 430.

⁴² Vgl. Hoffreric (1980), S. 413; OECD (2006), S. 38 ff.; Woll (2000), S. 429.

⁴³ Oehry (2000).

⁴⁴ Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2000).

⁴⁵ Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2006d), S. 4.

⁴⁶ Steurer (2002), S. 47.

⁴⁷ Vgl. Majer (1994), S. 23.

⁴⁸ Vgl. Deutscher Bundestag (2002), S. 460.

⁴⁹ Vgl. Woll (2000), S. 429.

⁵⁰ Vgl. Sachverständigenrat (2003), S. 412 ff.

tem ineinander greifender Einzelursachen bewirkt wird.“⁵¹ Eine Erkenntnis, die dazu geführt hat, dass nicht die Ursachen, sondern die Determinanten des Wachstums im Vordergrund stehen, die wiederum von einer Reihe untergeordneter Faktoren beeinflusst werden.⁵²

Essenzielle Bedeutung bei der Erklärung wirtschaftlichen Wachstums kommt den **Wachstumsmodellen** und den ihnen zugrunde liegenden **Theorien** zu.⁵³ Hier stehen sich vor allem die nachfrageseitig orientierten Modelle der so genannten postkeynesianischen Wachstumstheorie und die neoklassischen Wachstumsmodelle in ihren unterschiedlichen Spielarten gegenüber. „Die gesamte Wachstumstheorie kann man sich mittlerweile als verschachteltes und mehrstöckiges Theoriegebäude vorstellen.“⁵⁴ Maßgeblich für die Erklärung von Wirtschaftswachstum ist zudem die **Wachstumsempirie**.⁵⁵ Da gerade die Modelle der neuen Wachstumstheorie sehr abstrakt sind, beziehen sich die meisten empirischen Wachstumsforschungen auf einfache oder erweiterte neoklassische Wachstumsmodelle. Daneben erfreuen sich internationale Wachstums(potenzial)rankings zunehmender Beliebtheit. So wurde erst jüngst die Schweiz vom World Economic Forum (WEF) auf Basis des Global Competitiveness Index als das wettbewerbsfähigste Land der Welt ermittelt.⁵⁶ Im Grunde handelt es sich beim Global Competitiveness Index um einen **Wachstumsindex**, der das mittel- bis langfristige Wachstumspotenzial von Volkswirtschaften abbildet. „[...] We understand national competitiveness as the set of factors, policies and institutions that determine the level of productivity of a country. [...] Thus, a more competitive economy will be one which will likely grow faster in a medium to long-term perspective.“⁵⁷

Es kann hier keine vertiefte Auseinandersetzung mit den Wachstumsmodellen und anderen wirtschaftswissenschaftlichen Wachstumsansätzen⁵⁸ erfolgen. Stattdessen soll nur ein kurzer Überblick über die Wachstumstheorie gegeben werden. In einem zweiten Schritt sollen dann die daraus abgeleiteten Wachstumsdeterminanten näher betrachtet werden.

In den Wirtschaftswissenschaften setzte eine intensive Auseinandersetzung mit den Bestimmungsgründen von Wirtschaftswachstum erst relativ spät ein. Zahlreiche **klassische** Ökonomen wie *Smith*, *Malthus*, *Ricardo* und *Mill* haben angenommen, dass der wirtschaftlichen Expansion Grenzen gesetzt sind.⁵⁹ Auf Grundlage des Gesetzes der tendenziell fallenden Profitrate bei der Kapitalakkumulation sah man im Wachstum nur die Anpassung an ein neues stationäres Gleichgewicht.⁶⁰ Aus Sicht der Klassiker führte die Interaktion ökologischer Beschränkungen durch die begrenzte Bodenfläche mit ökonomischer

⁵¹ Woll (2000), S. 430.

⁵² Vgl. Woll (2000), S. 430; Sachverständigenrat (2002), S. 208.

⁵³ Vgl. grundlegend Barro, Sala-i-Martin (2004); Jones (2002).

⁵⁴ Steurer (2002), S. 49.

⁵⁵ Grundlegend Hemmer, Lorenz (2004). Vgl. z. B. OECD (2003).

⁵⁶ Siehe Lopez-Claros, Porter, Sala-i-Martin, Schwab (2006).

⁵⁷ Vgl. Lopez-Claros, Porter, Sala-i-Martin, Schwab (2006), S. 3.

⁵⁸ Für einen Überblick siehe Woll (2000), S. 434 ff.

⁵⁹ Vgl. Steurer (2002), S. 47.

⁶⁰ Vgl. Arnold (1997), S. 4.

mischen Zusammenhängen – in erster Linie das fehlende Akkumulationsmotiv aufgrund der fallenden Profitrate - zu einer Wachstumsbegrenzung.⁶¹

Eine zentrale Figur im Wachstumdiskurs ist *Joseph Schumpeter*, der in seiner **Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung**⁶² Innovationen als Ursprung technischen Fortschritts und zentrale Quelle für Wirtschaftswachstum in den Vordergrund stellte. „Form und Inhalt der Entwicklung in unserem Sinn ist dann gegeben durch die Definition: Durchsetzung neuer Kombinationen.“⁶³ Ausgehend von einer temporären Gleichgewichtssituation treten Pionierunternehmen in Erscheinung, die mittels neuer Produkte und Prozesse die Marktmacht zu ihren Gunsten verschieben. Nachdem anfängliche Hürden überwunden sind, kommen zunehmend andere Unternehmen zum Zug, die mittels Imitation am Markterfolg teilhaben wollen. Durch deren Markteintritte erodieren langsam die Gewinne und es stellt sich – auf höherem Niveau – wieder ein neues Marktgleichgewicht ein,⁶⁴ bis erneut dynamische Unternehmen Inventionen aufgreifen und als Innovationen durchsetzen (»Prozess der schöpferischen Zerstörung«).

Nach längerem Stillstand rückte die Wachstumstheorie dann erst wieder mit dem **neoklassischen Solow-Modell** in den Vordergrund.⁶⁵ Ihm liegt eine substitutionale Produktionsfunktion mit konstanten Skalenerträgen und den beiden Faktoren Arbeit und Kapital zugrunde. Technischer Fortschritt wird als exogen vorausgesetzt. Dagegen spielt der klassische Faktor Boden – beziehungsweise umfassender und treffender als natürliche Ressourcen oder Natur bezeichnet – nur mehr eine untergeordnete Rolle.⁶⁶ Das Solow-Modell zeigt, wie Veränderungen des Kapitalstocks, der Erwerbsbevölkerung und der technische Fortschritt zusammenwirken und den Output beeinflussen. Allerdings kann es die Wachstumsrate der Volkswirtschaft in Abhängigkeit von Spar- und Investitionsquote sowie Bevölkerungswachstum nur in der Anpassungsphase an das langfristige Gleichgewicht erklären. In der langen Frist, das heißt auf dem gleichgewichtigen Wachstumspfad ist eine Einkommenserhöhung und damit Wirtschaftswachstum nur durch technischen Fortschritt möglich, da er in der Lage ist, das Gesetz von der fallenden Profitrate außer Kraft zu setzen.⁶⁷ „Technological progress [...] was necessary to allow for long-run growth in real wages and the standard of living“.⁶⁸ Problematisch ist allerdings, dass eben dieser technische Fortschritt in seinem Zustandekommen nicht begründet, sondern einfach vorausgesetzt wurde. „Die Erklärung eines konstanten Wachstums des Volkseinkommens durch den »technischen Fortschritt« ist aber in Wirklichkeit eine bloße Tautologie. [...] Er fällt wie Manna vom Himmel.“⁶⁹ Aus dieser Kritik heraus entwickelte sich die neue Wachstumstheorie.⁷⁰

⁶¹ Vgl. Luks (2001), S. 191.

⁶² Vgl. Schumpeter (1993).

⁶³ Schumpeter (1993), S. 100.

⁶⁴ Vgl. Bass (1999), S. 486 ff. Vgl. auch Schumpeter (1993), S. 88 ff.

⁶⁵ Vgl. zum Solow-Modell Jones (2002), S. 22 ff. Siehe auch Solow (2000).

⁶⁶ Vgl. Steurer (2002), S. 51. Zur Integration natürlicher Ressourcen in das Solow-Modell siehe Jones (2002), S. 170 ff.

⁶⁷ Vgl. Arnold (1997), S. 23.

⁶⁸ Solow (1988), S. 313.

⁶⁹ Binswanger (2006), S. 300.

⁷⁰ Vgl. Jones (2002), S. 96 ff.

„Diese »neue« Theorie versucht gewissermaßen, Ergebnisse zu gewinnen, die weniger von exogen gegebenen Faktoren abhängig sind.“⁷¹ Sie integrierte die Ursachen des technischen Fortschritts in ihr **endogenes Wachstumsmodell** und konnte erklären, warum das Gesetz vom abnehmenden Grenzertrag im Wachstumsprozess aufgehoben wird. Vereinfachend lassen sich ihre Erklärungen auf zwei Ansätze reduzieren.⁷² Im ersten Ansatz wird das Gesetz des abnehmenden Grenzertrags dadurch aufgehoben, dass verschiedene Wirtschaftstätigkeiten positive externe Effekte (»spill overs«) aufweisen. Es handelt sich dabei vor allem um Produktivitätsgewinne durch learning by doing und Agglomerationsvorteile bei industriellen Clustern. Im zweiten Ansatz wird Human- und Wissenskapital in die Produktionsfunktion integriert. Wissensakkumulationen durch Bildung, Forschung und Entwicklung können dann den Produktivitätsfortschritt positiv beeinflussen.

Parallel haben sich in den 1980er Jahren evolutionsökonomische Ansätze in der Wachstumstheorie etabliert, die *Schumpeters* Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung aufgreifen. Nach wie vor wird jedoch die Wachstumsdebatte von den – zum Teil umstrittenen⁷³ - Modellen der neuen Wachstumstheorie dominiert, die auf einem sehr hohen Abstraktionsniveau den Einfluss verschiedener Wachstumsdeterminanten analysieren.

3.2.2 Unmittelbare und mittelbare Wachstumsdeterminanten

Der kurze Überblick hat gezeigt, dass die theoretischen Analysen des Wachstumsprozesses äußerst vielschichtig und komplex sind. Die dort identifizierten Wachstumsdeterminanten lassen sich allerdings anhand eines einfachen Konzeptes strukturieren.⁷⁴ Wirtschaftswachstum repräsentiert letztlich ein gestiegenes Outputniveau, so dass die Frage beantwortet werden muss, wodurch die Produktionsmenge zunimmt. Die Wirtschaft wächst immer dann, wenn entweder die Inputbasis durch eine Mengenausweitung der Produktionsfaktoren erhöht oder aber das Input-Output-Verhältnis durch einen Produktivitätsfortschritt gesteigert werden kann.⁷⁵ In Anlehnung an *Temple*⁷⁶ soll dabei im Folgenden zwischen **unmittelbaren** und **mittelbaren Determinanten** unterschieden werden.

⁷¹ Luks (2001), S. 180.

⁷² Vgl. Binswanger (2006), S. 300 f.

⁷³ Vgl. exemplarisch Binswanger (2006), S. 301 ff.

⁷⁴ Vgl. Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (2002), S. 16.

⁷⁵ Vgl. Woll (2000), S. 430.

⁷⁶ Vgl. Temple (1999), S. 137 und S. 141.

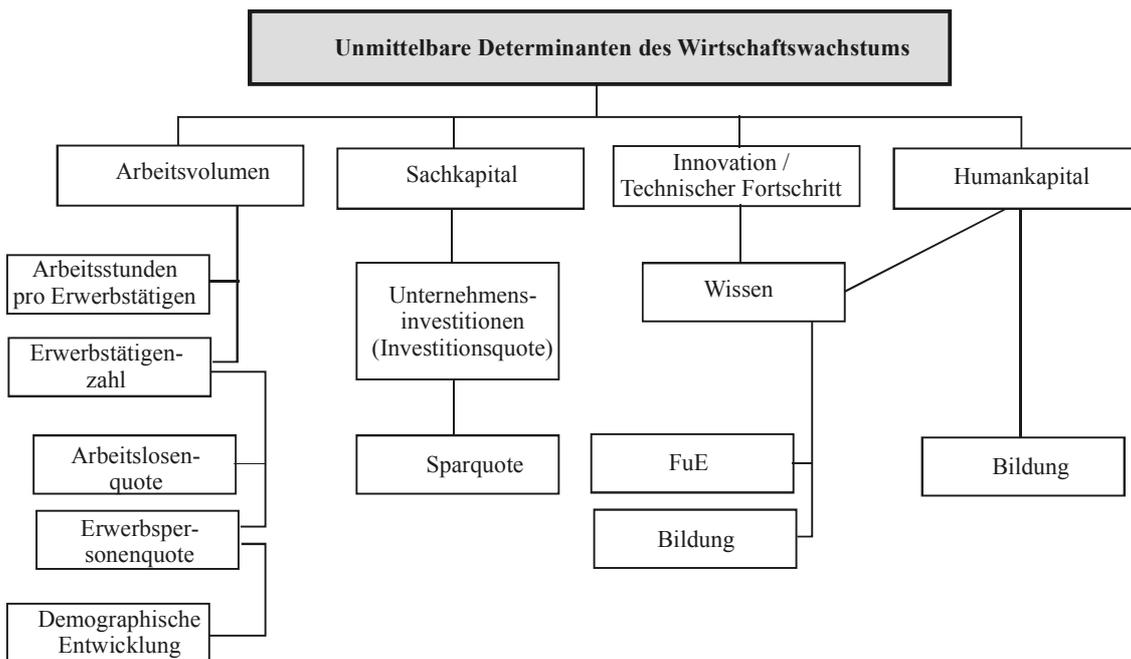
Abbildung 5: Wachstumsdeterminanten im Überblick



Quelle: Eigene Darstellung.

Die **unmittelbaren Determinanten des Wachstums** setzen gemäß traditioneller und neuerer Wachstumstheorie direkt an der Quantität und Qualität der Produktionsfaktoren an.⁷⁷

Abbildung 6: Unmittelbare Wachstumsdeterminanten



Quelle: Eigene Darstellung.

⁷⁷ Vgl. Sachverständigenrat (2002), S. 209.

Demnach kann Wirtschaftswachstum zunächst mit einem höheren Arbeitsvolumen forciert werden. Dabei ergibt sich das **Arbeitsvolumen** aus der Zahl der Erwerbstätigen und der von ihnen geleisteten Arbeitszeit und ist damit von der Arbeitslosen- und Erwerbspersonenquote und somit letztlich von der demographischen Entwicklung abhängig.⁷⁸ Neben dem Faktor Arbeit kann auch der **physische Kapitaleinsatz** erhöht werden. „Der Klassiker unter den Einflussfaktoren ist die Investitionsquote“⁷⁹ des Unternehmenssektors. Höhere Investitionen bewirken über die Realkapitalakkumulation höhere Wachstumsraten und langfristig ein höheres BIP pro Kopf, was durch empirische Studien bestätigt wird.⁸⁰

Wesentlich größere Bedeutung für das Wachstum wird aber dem **technischen Fortschritt** durch Innovationen zugeschrieben.⁸¹ Bei den technischen Innovationen handelt es sich in enger Sicht um Prozess- oder Produktinnovationen. Durch Prozessinnovationen kann die Produktivität gesteigert werden, indem bei gleichem Input ein größerer Output erzielt wird, so dass die Volkswirtschaft kontinuierlich wachsen wird. Andere Wirkungseffekte resultieren aus Produktinnovationen, die entweder durch ein gänzlich neues Produkt oder aber durch Qualitätsverbesserungen bestehender Produkte gekennzeichnet sind. Für eine Volkswirtschaft bedeutet dies, dass bei gegebenem Ressourcenbestand die gleiche Gütermenge zu höherer Qualität produziert wird.⁸²

Innovationen setzen **Wissen** voraus. Das Wissen einer Gesellschaft spiegelt sich in den drei Kapitalbeständen Sozialkapital, faktorgebundenes Humankapital und faktorungebundenes Wissenskapital wieder.⁸³ Während Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten vorrangig das **faktorungebundene Wissen** erhöhen, beeinflusst Bildung vor allem das **Humankapital**. „Eine, den Anforderungen des technischen Fortschritts adäquate Ausbildung garantiert die erforderliche Flexibilität und Leistungsfähigkeit bei Innovationsprozessen und trägt damit zur Sicherung zukünftiger Wachstumspotentiale bei.“⁸⁴

⁷⁸ Vgl. Wirsching (2005), S. 18.

⁷⁹ Bergheim (2005a), S. 16

⁸⁰ Vgl. Sachverständigenrat (2002), S. 323 f.

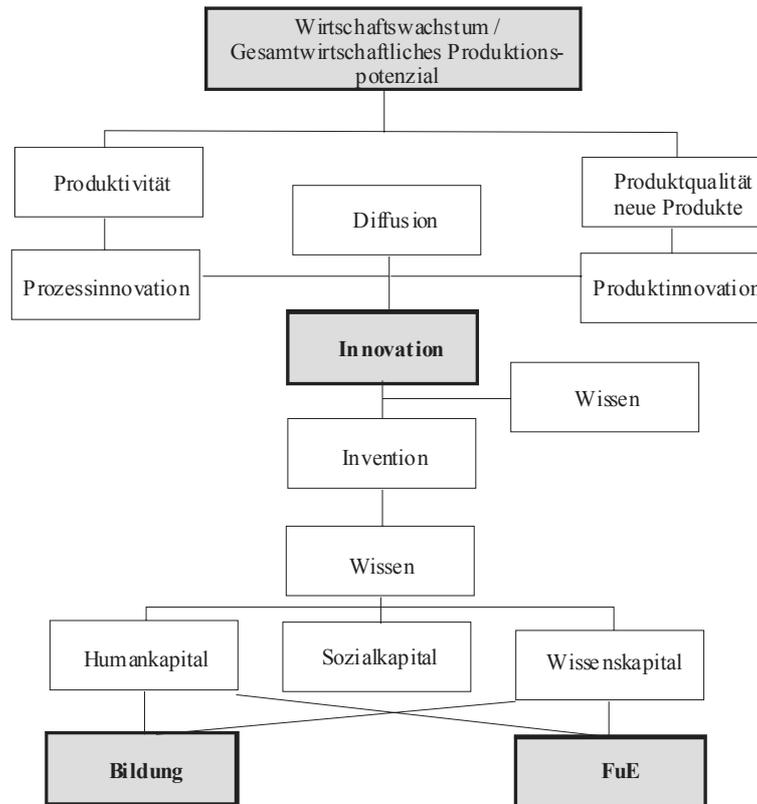
⁸¹ Vgl. Baßeler, Heinrich, Utecht (2002), S. 795.

⁸² Vgl. Voßkamp, Schmidt-Ehmcke (2006), S. 14.

⁸³ Vgl. umfassend Clar, Doré, Mohr (1997).

⁸⁴ Hofmann (2001), S. 25.

Abbildung 7: Innovationsprozess und Wirtschaftswachstum



Quelle: Darstellung nach Vosskamp, Schmidt-Ehmcke (2006), S. 42.

Daneben trägt das Humankapital aber nicht nur durch seine innovative Komponente zum Wirtschaftswachstum bei, sondern auch durch seine produktive Komponente.⁸⁵ „Ein [...] höheres Humankapital erlaubt effizienteres und schnelleres Arbeiten, »höherwertige« Tätigkeiten, eine leichtere Aufnahme neuer Ideen und Methoden [...]. Somit führt ein höheres Humankapital zu einem höheren Produktionsergebnis pro eingesetzter Arbeitszeit: die Arbeitsproduktivität steigt.“⁸⁶

Der positive Einfluss von Humankapitalakkumulation durch Bildungsinvestitionen und technischen Fortschritt durch Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auf das Wirtschaftswachstum wird durch zahlreiche empirischen Studien bestätigt.⁸⁷ Aus der Theorie des Marktversagens lassen sich in Verbindung mit der zentralen Bedeutung von Bildung sowie Forschung und Entwicklung für das wirtschaftliche Wachstum denn auch staatliche Aktivitäten im Bildungs- und Forschungsbereich rechtfertigen.⁸⁸ Wichtig sind

⁸⁵ Vgl. Graff (1995), S. 7.

⁸⁶ Bergheim (2005b), S. 5.

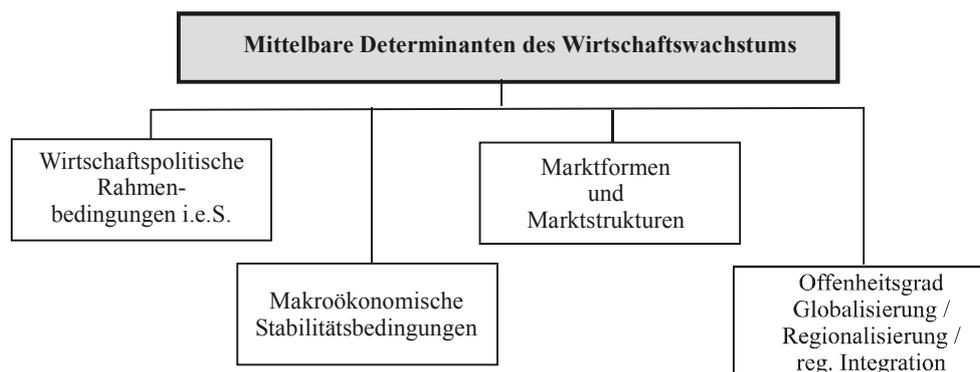
⁸⁷ Vgl. z.B. OECD (2003), S. 37 f.; Bergheim (2005a), S. 17; Aiginger, Böheim, Falk, Marterbauer, Peneder (2004), S. 25 ff.

⁸⁸ Vgl. Voßkamp, Schmidt-Ehmcke (2006), S. 48 f.

allerdings nicht nur die staatlichen Bildungs- und Forschungsausgaben an sich, sondern umfassender die Unterstützung und Ergänzung der marktlichen »Bereitstellungsinfrastruktur« durch die Förderung eines investitions- und innovationsfreundlichen Klimas. Innovationen entstehen nämlich in einem kreativen und interaktiven Prozess, der weit über die isolierte Forschung und Entwicklung hinausgeht und findet in einem System institutioneller Regelungen und Organisationen – dem so genannten Innovationssystem – statt,⁸⁹ in dem der Staat ein wichtiger Akteur unter vielen ist.

Neben diesen unmittelbaren Wachstumsdeterminanten existieren eine Reihe **mittelbarer Einflussgrößen**. Da an dieser Stelle nicht alle mittelbaren Determinanten aufgezählt werden können, bietet sich eine weitere Unterteilung danach an, ob die Faktoren durch die staatliche Wirtschaftspolitik i.w.S. beeinflussbar sind oder nicht.⁹⁰ Im Folgenden werden nur solche mittelbaren Wachstumsdeterminanten betrachtet, auf die ein grundsätzlicher Einfluss durch die staatliche Wirtschaftspolitik i.w.S. gegeben ist. Der Fokus der Betrachtung liegt damit notwendigerweise auf der Makro- und Mesoebene.

Abbildung 8: Mittelbare Wachstumsdeterminanten



Quelle: Eigene Darstellung.

Dies sind in erster Linie die **wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen** i.e.S.⁹¹ „Damit öffnet sich [...] eine Rolle für den Staat, der durch seine Politikentscheidungen das Wirtschaftswachstum positiv oder negativ beeinflussen kann.“⁹² Zentralen Einfluss haben die budgetwirksamen Politikvariablen, wie beispielsweise die Höhe und Struktur der Staatsausgaben⁹³, das Steuer- und Sozialversicherungssystem oder aber die Höhe der Staatsverschuldung,⁹⁴ die sowohl das Arbeitsvolumen wie auch die Produktivität und Wettbewerbsstärke der heimischen Wirtschaft beeinflussen. Besondere Bedeutung

⁸⁹ Vgl. Voßkamp, Schmidt-Ehmke (2006), S. 53. Vgl. für die Schweiz Arvanitis, Hollenstein (2005), S. 16 ff.

⁹⁰ Vgl. Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (2002), S. 24.

⁹¹ Vgl. OECD (2003), S. 57 ff.

⁹² Thöne (2005), S. 44.

⁹³ Vgl. Thöne (2005), S. 43 ff.

⁹⁴ Für empirische Ergebnisse siehe z.B. Aiginger, Böheim, Falk, Marterbauer, Peneder (2004), S. 35 ff.

wird auch den staatlichen Infrastrukturinvestitionen – allen voran der Verkehrsinfrastruktur – zugeschrieben.

Unter den **makroökonomischen Stabilitätsbedingungen** gelten vor allem funktionierende und stabile Geld- und Finanzmärkte als Kernvoraussetzung für die Erschließung von Wachstumspotenzialen,⁹⁵ wie sich exemplarisch an dem positiven Zusammenhang zwischen Geldwertstabilität und Wachstumsrate des BIP pro Kopf zeigt.⁹⁶ Vielfach vernachlässigt, aber dennoch wichtig ist auch die Liquiditätsversorgung der Wirtschaft durch das Bankensystem. „Das Geld ist integraler Bestandteil der modernen Wirtschaft. Die Wirkungsweise des Geldes hat sich verstärkt durch die Geldschöpfung im Bankensystem. Mit deren Hilfe können die Banken den Unternehmungen immer neue Kredite gewähren, die diese dazu benutzen, um zu investieren und damit die Produktion auszuweiten. Die Erhöhung der Geldmenge hat somit einen unmittelbaren Einfluss auf das Wachstum des realen Sozialprodukts.“⁹⁷ Zur Erschließung von unternehmerischen Innovationspotenzialen wird speziell dem Venture Capital eine wichtige Rolle zugeordnet.⁹⁸

Darüber hinaus gilt der **Offenheitsgrad** einer Volkswirtschaft als eine der wichtigsten Wachstumsdeterminanten, wenngleich empirische Studien oftmals zu ambivalenten Ergebnissen kommen.⁹⁹ „Länder, denen es gelingt, am internationalen Warenverkehr teilzunehmen, sich für ausländische Direktinvestitionen zu öffnen und ausländische Arbeitskräfte anzuziehen, erzielen deutlich mehr Wirtschaftswachstum.“¹⁰⁰

In Bezug auf die Vorteile des internationalen Handels wird vielfach auf die neoklassische Außenhandelstheorie¹⁰¹ Bezug genommen, nach der Länder bei Vorliegen absoluter oder komparativer Kostenvorteile mittels Handel Wohlfahrtsgewinne realisieren können, indem die Gesamtzahl der Güter steigt, die in beiden Ländern konsumiert wird. Damit aus diesen Wohlfahrtsgewinnen auch Wachstumseffekte resultieren, müssen aber zusätzliche Transmissionskanäle – wie etwa der produktivitätssteigernde Technologietransfer beim Import von technologisch hochwertigen Kapitalgütern - zum Tragen kommen.¹⁰² Neben dem internationalen Gütertausch wirkt die weltweite Faktormobilität wachstumssteigernd.¹⁰³ Besondere Bedeutung wird dabei den ausländischen Direktinvestitionen und der Arbeitskräftemobilität zugeschrieben. Direktinvestitionen erhöhen nicht nur unmittelbar das inländische Produktionspotenzial, sondern beeinflussen auch mittelbar über den Wissenstransfer die Produktivität heimischer Unternehmen,¹⁰⁴ während durch die Zuwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte vorwiegend der Humankapitalbestand vergrößert wird.

⁹⁵ Vgl. Sachverständigenrat (2002), S. 210.

⁹⁶ Vgl. OECD (2003), S. 65.

⁹⁷ Binswanger (2006), S. 6.

⁹⁸ Vgl. z.B. Keuschnigg (2004).

⁹⁹ Vgl. Baldwin (2003), S. 18 ff.

¹⁰⁰ Neuhaus (2005), S. 3.

¹⁰¹ Vgl. Woll (2000), S. 627 ff.; grundlegend Heiduk (2005).

¹⁰² Vgl. Neuhaus (2005), S. 4.

¹⁰³ Vgl. Rode (2002), S. 28 ff.

¹⁰⁴ Vgl. Neuhaus (2005), S. 5.

Insgesamt sind die globalisierungsbedingten Wachstumserfolge also davon abhängig, wie wettbewerbsstark die heimische Volkswirtschaft ist und wie gut es ihr gelingt, mobile Faktoren zu attrahieren. Damit rücken die institutionellen Rahmenbedingungen einer Volkswirtschaft in den Mittelpunkt, deren zentrale Bedeutung sich in den Konzepten des internationalen Systemwettbewerbs¹⁰⁵ manifestiert. Systemwettbewerb oder institutioneller Wettbewerb wird dabei definiert als Wettbewerb zwischen politischen Akteuren verschiedener Nationalstaaten, die mit ihren institutionellen Arrangements um international mobile Faktoren konkurrieren.¹⁰⁶

Breuss betont jedoch nicht ausschließlich den Offenheitsgrad, sondern spricht allgemeiner von **Marktgröße**,¹⁰⁷ für die neben dem Grad der internationalen Verflechtungen auch die Größe des Heim- und Binnenmarktes ausschlaggebend ist. Damit rückt der Wachstumserfolg **regionaler Integration**¹⁰⁸ in den Vordergrund. In diesem Zusammenhang sei auch auf den Beitrag regionalökonomischer Ansätze¹⁰⁹ hingewiesen, die nicht auf Volkswirtschaften als Ganzes, sondern auf den Erfolg von **Regionen** abstellen. Gerade für eine so kleine Volkswirtschaft wie die liechtensteinische ist die regionale Zusammenarbeit eine nicht zu unterschätzende Wachstumsgröße. So befindet sich das Fürstentum Liechtenstein inmitten der Hochtechnologie-Region Rheintal-Bodensee, die zu den erfolgreichsten und wachstumsstärksten Regionen Europas zählt.¹¹⁰ Der Wachstumserfolg Liechtensteins hängt also maßgeblich davon ab, wie gut es dem Land gelingt, die Potenziale seiner geopolitischen und –wirtschaftlichen Lage zu nutzen.

Das Wirtschaftswachstum ist aber auch von der **Wirtschafts-** und **Marktstruktur** der heimischen Volkswirtschaft abhängig.¹¹¹ So hat beispielsweise eine nach Wirtschaftszweigen disaggregierte Analyse gezeigt,¹¹² dass die Produktivitäts- und Wachstumslücke zwischen den USA und Europa vor allem auf die unterschiedliche Entwicklung im Einzelhandel zurückzuführen ist. Durch den amerikanischen Trend zu Hypermärkten und der intensiveren Nutzung von IuK-Technologien trug der Einzelhandel in den USA – im Gegensatz zu Europa – maßgeblich zur gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung bei. Sektorale oder branchenmäßige Verschiebungen sowie unterschiedliche Produktivitätsentwicklungen innerhalb der einzelnen Sektoren und Wirtschaftszweige haben somit einen entscheidenden Einfluss auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Ebenso große Bedeutung kommt der Wettbewerbsintensität auf den Güter- und Faktormärkten zu. Ein funktionsfähiger Leistungswettbewerb erhöht die unternehmerische Effizienz und schafft einen Anreiz für Innovationen.

Marktform und –struktur werden erheblich durch ordnungspolitische Regulierungen beeinflusst. In empirischen Studien dominieren zum einen die Wachstumswirkungen

¹⁰⁵ Vgl. umfassend Pitsoulis (2004).

¹⁰⁶ Vgl. Vanberg (2005), S. 3.

¹⁰⁷ Vgl. Breuss (2005), S. 28.

¹⁰⁸ Vgl. von Carlowitz (2003), S. 25 ff. Speziell zur europäischen Integration siehe Badinger (2003).

¹⁰⁹ Vgl. z.B. Cernavin, Führ, Kaltenbach, Thießen (2005).

¹¹⁰ Vgl. Contor GmbH (2005), S. 19 und S. 36.

¹¹¹ Vgl. Voßkamp, Schmidt-Ehmcke (2006), S. 116 ff.

¹¹² Vgl. McGuckin, Spiegelman, van Ark (2005).

staatlicher Regulierungen auf den Gütermärkten.¹¹³ „The main effect of pro-competitive product market regulations is to strengthen the *incentives* to improve productivity and adopt new technologies.“¹¹⁴ Zum anderen wird ein signifikant negativer Einfluss von institutionellen Arbeitsmarkttrigiditäten auf das Wirtschaftswachstum nachgewiesen.¹¹⁵

3.2.3 Wachstumsdiskurs pro und contra nachhaltiges Wirtschaftswachstum

Dass Wachstum zweifelsohne ein zentraler ökonomischer Parameter ist, wird kaum bestritten. Allerdings wird von Wachstumskritikern¹¹⁶ darauf verwiesen, dass (quantitatives) Wachstum nicht mit (qualitativer) Entwicklung gleich gesetzt werden darf und nachhaltiges Wirtschaftswachstum deshalb ein Widerspruch in sich sei, weil Nachhaltigkeit und Wachstum zwei konfligierende Ziele darstellen.¹¹⁷ An dieser Stelle kann kein vollständiger Überblick über den historischen Wachstumsdiskurs gegeben werden;¹¹⁸ stattdessen soll nur anhand zentraler Diskursfragmente die Frage geklärt werden, ob ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum überhaupt möglich ist und wodurch es sich auszeichnet.

Zunächst sei darauf verwiesen, dass das heute in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft weit verbreitete Selbstverständnis¹¹⁹ von Wirtschaftswachstum historisch gesehen nicht selbstverständlich ist.¹²⁰ „Die stationäre Wirtschaft ist für ungezählte Jahrtausende und auch in historischen Zeiten an manchen Stellen für Jahrhunderte unbestreitbare Tatsache.“¹²¹ Wenngleich ein solcher »**historischer Steady-State**« nicht zwangsläufig durch Nullwachstum gekennzeichnet sein muss, so unterscheidet er sich doch von der heutigen Wirtschaft dadurch, dass er spürbaren Wachstumsbeschränkungen unterworfen war. Diese resultierten nicht zuletzt aus der fast ausschließlichen Verwendung organischer Rohstoffe, so dass der Faktor Boden beziehungsweise Fläche entscheidend das Wachstum vorindustrieller Volkswirtschaften determinierte.¹²² Mit der industriellen Revolution setzte dann allerdings ein bis dato undenkbares Wachstum ein. Möglich war es unter anderem deshalb, weil für den Produktionsprozess verstärkt auf nicht-erneuerbare Ressourcen zurückgegriffen wurde und so die der organischen Wirtschaft inhärenten Wachstumsbegrenzungen überwunden werden konnten.¹²³

In der Zeit des Wiederaufbaus nach dem zweiten Weltkrieg entfaltete sich in Europa eine wahre Wachstumseuphorie. Wirtschaftswachstum wurde als geeigneter Ansatz zur Lösung aller ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme betrachtet und das damals

¹¹³ Vgl. Kamps, Meier, Oskamp (2004), S. 13.

¹¹⁴ OECD (2003), S. 103.

¹¹⁵ Vgl. z.B. Sachverständigenrat (2002), S. 327.

¹¹⁶ Vgl. Daly (1999), S. 47.

¹¹⁷ Vgl. Ott, Döring (2004), S. 138; Daly (1999), S. 52 ff.

¹¹⁸ Vgl. umfassend Steurer (2002), S. 97 ff.

¹¹⁹ Vgl. Binswanger (2006), S. 1.

¹²⁰ Vgl. Arnold (1997), S. 3.

¹²¹ Schumpeter (1993), S. 121, FN 21.

¹²² Vgl. Luks (2001), S. 53.

¹²³ Vgl. Luks (2001), S. 59.

vorherrschende quantitative Wachstumsparadigma erfuhr große Zustimmung (**Wachstumskonsens**).¹²⁴ Ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurde das Wachstumsziel aber zunehmend in Frage gestellt. Aktuell zeichnet sich allerdings erneut eine Tendenz zu einem (nachhaltigen) Wachstumskonsens ab. Die kritische **Wachstumskontroverse** der letzten Dekaden setzt sich aus unterschiedlichen Diskurssträngen und –paradigmen zusammen.

Phase	Zeitraum	Diskursstrang	Paradigma	Grundlegende ökonomische Theorie	Vertreter	Einstellung zum Wachstum	Zentrale Inhalte
(1)	1950er und 1960er Jahre	Wachstumskonsens und -euphorie	Quantitatives Wachstumsparadigma	Neoklassik	Solow	Wachstumsoptimismus	Zielharmonie zwischen Wachstum und Wohlstand / Lebensqualität Zielharmonie zwischen Wachstum und Umweltqualität Wachstum ohne Grenzen
(2a)	1965er bis 1975er Jahre	Soziale Wachstumskritik	konservative Fortschrittskritik	Verschiedene Zweige der Nationalökonomie	Mishan	Wachstumspessimismus	Zielkonflikt zwischen Wachstum und Wohlstand / Lebensqualität Nicht-Erwünschtheit künftigen Wachstums Nullwachstum als Ziel
			soziale Grenzen des Wachstums		Hirsch		
			Postmaterialismus		E. F. Schumacher		
(2b)	1965er bis 1975er Jahre	Ökologische Wachstumskritik	Ökologische Grenzen des Wachstums	z. T. Klassik („Malthusianismus“)	Meadows	Wachstumspessimismus	Zielkonflikt zwischen Wachstum und Umweltqualität Natürliche Grenzen des Wachstums Nullwachstum als unvermeidbares Ziel
(3)	1970er bis 1990er Jahre	Qualitative Wachstumsbejahung	Qualitatives Wachstum	Verschiedene Teile der Volkswirtschaftslehre, z. T. „Aufgeklärte“ Neoklassik	Binswanger; Jöhr; Majer	Wachstumsoptimierung	Zielharmonie zwischen Wachstum und Wohlstand sowie Umweltqualität wird nicht ausgeschlossen Positive Wohlstandswende i. V. m. Entkopplung von Wachstum und Umweltverbrauch Wachstum der Grenzen Qualitatives statt quantitatives Wachstum

¹²⁴ Vgl. Steurer (2002), S. 56.

(4)	1987er Jahre bis jetzt	Nachhaltigkeit	schwache Nachhaltigkeit	Neoklassik und traditionelle neoklassische Ressourcen- und Umweltökonomie	Beckermann; Nordhaus	Wachstumsoptimismus	Zielharmonie zwischen Wachstum und Wohlstand / Umweltqualität Natur als Input/Quelle des Wohlstands Constant Capital Rule i.V.m. Substitutabilityparadigm
			starke Nachhaltigkeit	Ecological Economy	Daly; Costanza	Wachstums pessimismus	Zielkonflikt zwischen Wachstum und Umweltqualität Physisches Nullwachstum (Scale-Reduktion) als Ziel mit der Folge von ökonomischem Nullwachstum Constant Capital Rule i.V.m. Non-Substitutability-Paradigm
			ausgewogene Nachhaltigkeit <ul style="list-style-type: none">○ Tendenz zur schwachen Nachhaltigkeit○ Tendenz zur starken Nachhaltigkeit	„Aufgeklärte“ Neoklassische Ressourcen- und Umweltökonomie	Brundtland-Bericht; Nutzinger; Radke	Wachstumsoptimierung	Zielharmonie zwischen Wachstum und Wohlstand / Umweltqualität wird nicht ausgeschlossen und angestrebt Entkopplung zwischen Wachstum und Umweltverbrauch Umwelt- und sozialverträgliches Wachstum Keine expliziten, absoluten Wachstumsgrenzen, sondern Wachstum der Grenzen Constant Capital rule i.V.m. eingeschränktem Substitutability-Paradigm und dem Erhalt kritischer Kapitalbestandteile

Der Überblick über die Diskursstränge verdeutlicht zum einen, dass soziale im Gegensatz zu ökologischen Erwägungen im Zuge der Wachstumsdebatte eine untergeordnete Rolle gespielt haben und immer noch spielen.

Zum anderen wird ersichtlich, dass die derzeit im Kontext des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung geführte Wachstumsdebatte genau genommen »nur« eine Fortsetzung

des früheren Wachstumsdiskurses ist. Die frühen Ansätze finden sich inhaltlich nahezu unverändert in der aktuellen Nachhaltigkeitsdebatte wieder.¹²⁵ So ist die inhaltliche Kontinuität beziehungsweise Kongruenz zwischen quantitativem Wachstumsparadigma (1950er und 1960er Jahre) und schwacher Nachhaltigkeit sowie zwischen qualitativem Wachstum (1970er bis 1990er Jahre) und ausgewogener Nachhaltigkeit ebenso wie zwischen den Grenzen des Wachstums (1965er bis 1975er Jahre) und der starken Nachhaltigkeit nicht zu übersehen.

Der wesentliche Unterschied zwischen **schwacher Nachhaltigkeit** und dem quantitativen Wachstumsparadigma liegt darin, dass die Natur nun als Input wie auch als Wohlstandsquelle explizit berücksichtigt¹²⁶ und die Notwendigkeit einer staatlichen Umweltpolitik grundsätzlich anerkannt wird. Die schwache Nachhaltigkeit stützt sich bei ihrer Theoriebildung auf die traditionelle, neoklassische Umwelt- und Ressourcenökonomie.¹²⁷ „Dennoch ändert sich in der Ressourcenökonomik gegenüber der Wachstumstheorie nur wenig: Vor allem die in ökologischer Hinsicht relevante Dominanz weitgehender Substitutionsannahmen wird nicht aufgegeben.“¹²⁸ Ebenso gering sind auch die Unterschiede zwischen qualitativem Wachstumsparadigma und dem Konzept der **ausgewogenen Nachhaltigkeit**, so dass letzteres als Weiterentwicklung des qualitativen Wachstumsparadigmas gesehen werden kann. Diese inhaltliche Kontinuität macht auch *Binswangers* Definition von qualitativem Wachstum deutlich: „Qualitatives Wachstum ist jede nachhaltige Zunahme der gesamtwirtschaftlichen und pro Kopf der Bevölkerung erreichten Lebensqualität, die mit geringerem oder zumindest nicht ansteigendem Einsatz an nicht vermehrbaren oder nicht regenerierbaren Ressourcen, sowie abnehmenden Umweltbelastungen erzielt wird“.¹²⁹ Ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Konzepten besteht aber darin, dass das Konzept des qualitativen Wachstums vor allem Industrieländer im Blick hatte, während das Nachhaltigkeitsparadigma sowohl Industrie- wie auch Entwicklungsländer thematisiert.¹³⁰ Große Übereinstimmungen existieren auch zwischen der ökologischen Wachstumskritik der 1970er Jahre und dem **starken Nachhaltigkeitsparadigma**, das als Weiterentwicklung und Konkretisierung der »Grenzen des Wachstums« gesehen werden kann. Die Weiterentwicklung lag insbesondere in der Formulierung des »non substitutability paradigm«¹³¹ in Bezug auf die Substituierbarkeit von natürlichem und künstlichem Kapital.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurde »nachhaltig« im Sinne der *Brundtland-Kommission* definiert. Für die Konkretisierung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums muss deshalb das Konzept der **ausgewogenen Nachhaltigkeit** zugrunde gelegt werden, da dieses auch dem Nachhaltigkeitsverständnis der *Brundtland-Kommission* entspricht.¹³² Innerhalb dieses Konzeptes wird Wirtschaftswachstum explizit angestrebt.

¹²⁵ Vgl. Steurer (2002), S. 358.

¹²⁶ Vgl. Neumayer (2003), S. 23.

¹²⁷ Vgl. Bartmann (2000), S. 3 ff. Ausführlich Keil (1999), S. 35 ff.; Heubes (2001), S. 275 ff.

¹²⁸ Luks (2001), S. 184.

¹²⁹ Binswanger (1990), S. 23.

¹³⁰ Vgl. Steurer (2002), S. 259.

¹³¹ Vgl. Neumayer (2003), S. 24.

¹³² Vgl. Steurer (2002), S. 245.

Bereits im *Brundtland-Bericht* wird mehrfach auf das, für eine nachhaltige Entwicklung notwendige, wirtschaftliche Wachstum hingewiesen.¹³³ Alles andere wäre auch im modernen Geldwirtschaftssystem gar nicht möglich, da die Geldwirtschaft von ihrer inneren Logik her auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist und sich sogar in einem effektiven Wachstumszwang befindet. In einem streng ökonomischen Sinne steht »nachhaltig« damit zunächst für eine Aufrechterhaltung des Geld-Ware-Geld-Kreislaufs, was gesamtwirtschaftlich ein permanentes Wachstum bedeutet.¹³⁴

Damit das Wirtschaftswachstum auch nachhaltig ist, wird aber eine, im Sinne der Wachstumsoptimierung, qualitative (Neu-)Interpretation von Wachstum gefordert, indem es für zusätzliche qualitative Vorgaben geöffnet wird.¹³⁵ „Sustainable development involves more than growth. It requires a change in the content of growth“.¹³⁶ Ein solches Wachstum muss zugleich ökonomieverträglich wie auch sozial- und umweltverträglich sein. Bei der **wirtschaftlichen Dimension** besteht Einigkeit darin, dass das Wirtschaftswachstum »angemessen« sein soll.¹³⁷ In ökonomische Kategorien übertragen setzt die Nebenbedingung der Angemessenheit quantitative Richtpunkte in Bezug auf die weiteren gesamtwirtschaftlichen Stabilitätsziele. „Als Minimum gilt ein »hoher Beschäftigungsstand« oder Beschäftigungsgrad [...]. [...] Als Maximum für die »Angemessenheit« des Wachstums gilt die »Stabilität des Preisniveaus«.“¹³⁸

In der Frage nach der **ökologischen Dimension** wirtschaftlichen Wachstums manifestiert sich der zentrale Unterschied zwischen der ausgewogenen Nachhaltigkeit und den anderen beiden Konzepten schwacher und starker Nachhaltigkeit. Diese Diskrepanz lässt sich vor allem an der Zielbeziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltqualität einerseits und der Interpretation der »constant capital rule« andererseits festmachen.

Hinsichtlich der Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltqualität wird von Vertretern der starken Nachhaltigkeit ein Zielkonflikt gesehen. Für sie erfordert die Verbesserung der Umweltqualität eine Reduktion des Material- und Energiedurchsatzes, was in ihren Augen nicht mit Wirtschaftswachstum zu vereinbaren ist, während Vertreter der schwachen Nachhaltigkeit eine Zielharmonie betonen, indem sich eine bessere Umweltqualität nur mittels Wirtschaftswachstum erreichen lässt.¹³⁹ Die ausgewogene Nachhaltigkeit nimmt hier eine Mittelposition ein. Eine Harmonisierung von Wachstum und Umweltqualität ist durch die weitgehende Entkopplung von Wachstum und Umweltverbrauch möglich. Voraussetzung hierfür sind allerdings nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster,¹⁴⁰ „[...] die effizienter sind im Hinblick auf die Ressourcennutzung, die weniger Umweltverschmutzung und Abfall erzeugen, die erneuerbare anstelle von

¹³³ Vgl. z. B. WCED (1987), S. 3, S. 53 ff. und S. 89.

¹³⁴ Vgl. Binswanger (1995), S. 7.

¹³⁵ Vgl. Willeke (2002), S. 30 f.

¹³⁶ WCED (1987), S. 52.

¹³⁷ Vgl. Woll (2000), S. 83.

¹³⁸ Molitor (2001), S. 35.

¹³⁹ Vgl. von Hauff (2005), S. 213.

¹⁴⁰ Für eine Konkretisierung siehe United Nations (2001), S. 228 ff.

nichternewerbaren Ressourcen gebrauchen, und die die irreversiblen Nachteile für die menschliche Gesundheit und Umwelt gering halten.¹⁴¹ Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster zeichnen sich somit dadurch aus, dass sie der Effizienz- und Konsistenzstrategie¹⁴² gehorchen. Eine wichtige Rolle wird dabei den Nachhaltigkeitsinnovationen im Sinne des umwelttechnischen Fortschritts¹⁴³ beigemessen.¹⁴⁴ Demnach sind (Nachhaltigkeits-)Innovationen also nicht nur geeignet, das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes kurz- bis mittelfristig zu erhöhen, sondern sie stellen stattdessen auch die langfristige Voraussetzung für ein ökologisch nachhaltiges Wachstum dar. Dass solche Innovationen aber nicht ausschließlich technologischer Art sein müssen, zeigt zum Beispiel die Marktentwicklung nachhaltiger Geldanlagen.¹⁴⁵ „Die Menschheit wäre durchaus in der Lage, die Voraussetzungen für eine dauerhafte Entwicklung zu schaffen [...]. Zwar schließt ein solches Konzept eines dauerhaften Wachstums Grenzen ein – doch sind dies keine absoluten Grenzen. Es sind vielmehr lediglich technologische und gesellschaftliche Grenzen, die uns durch die Endlichkeit der Ressourcen und die begrenzte Fähigkeit der Biosphäre zum Verkräften menschlicher Einflussnahme gezogen sind. Technologische und gesellschaftliche Entwicklungen aber sind beherrschbar und können auf einen Stand gebracht werden, der eine neue Ära wirtschaftlichen Wachstums ermöglicht.“¹⁴⁶ Dies schließt eine Korrektur des Marktpreissystems ein, da die Wirtschaftsakteure erst dann ihr Verhalten ändern, wenn für Energie und andere Naturleistungen ein höherer Preis fällig wird.¹⁴⁷

Das zweite Charakteristikum der ausgewogenen Nachhaltigkeit im Hinblick auf die ökologische Wachstumsdimension bezieht sich auf die Interpretation der »constant capital rule«.¹⁴⁸ Auch hier nimmt die ausgewogene Nachhaltigkeit eine Mittelstellung zwischen den Extrempositionen der starken und schwachen Nachhaltigkeit ein, indem sie eine begrenzte Substituierbarkeit von natürlichem und künstlichem Kapital propagiert. Die Grenzen der Substituierbarkeit verlaufen entlang der kritischen Kapitalbestände, die es zu erhalten gilt, weil ansonsten irreversible Schädigungen drohen. Eine gleichlautende Auslegung der »constant capital rule« liegt zum Beispiel der Schweizer Nachhaltigkeitsstrategie zugrunde.¹⁴⁹

Ein nachhaltiges Wachstum muss aber nicht nur umwelt-, sondern auch sozialverträglich sein. Im Gegensatz zur ökologischen Dimension wird in der Wachstumsdebatte jedoch die **soziale Dimension** nur nachrangig behandelt. Das mit Hilfe der Wachstumsraten des Inlandsproduktes gemessene Wirtschaftswachstum zeigt eine Zunahme der Güter- und Dienstleistungsproduktion an und führt bei ausgeglichenen Vermögenszu-

¹⁴¹ Hauff (1987), S. 212 f.

¹⁴² Vgl. Huber (1995), S. 31 ff.

¹⁴³ Zur Charakterisierung siehe OECD (1995), S. 14.

¹⁴⁴ Vgl. von Hauff (2005), S. 218 f. Kritisch Luks (2005), S. 48 ff.

¹⁴⁵ Vgl. Zimmermann, Rostock, Bals (2004), S. 7 f.

¹⁴⁶ Hauff (1987), S. 9 f.

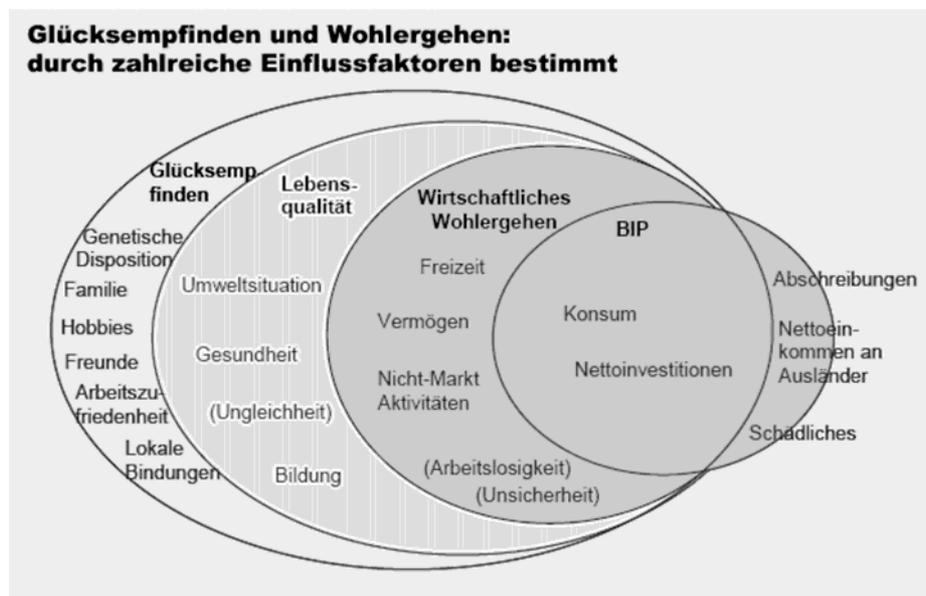
¹⁴⁷ Vgl. Binswanger (1995), S. 17.

¹⁴⁸ Vgl. Radke (1999), S. 161 ff.

¹⁴⁹ Vgl. DEZA, ARE (2004), S. 4.

und –abfließen zu entsprechenden Einkommenszuwächsen der Wirtschaftssubjekte.¹⁵⁰ Es stellt sich nun die Frage, wie gut oder schlecht die Gesellschaftsmitglieder an den Einkommenszuwächsen partizipieren. Als sozialverträglich kann das Wirtschaftswachstum dann bezeichnet werden, wenn es die Armut reduziert und mit einer »gerechten« Verteilung der Einkommen einhergeht.¹⁵¹ Allerdings stellt diese Interpretation von sozialverträglichem Wachstum eine sehr enge Auslegung dar. Das (soziale) Wohlergehen einer Gesellschaft zeigt sich nämlich nicht nur in Einkommensgrößen, sondern darüber hinaus auch in immateriellen Werten, wie der Gesundheit oder dem subjektiven Wohlbefinden.

Abbildung 9: Konzeptionen des Wohlergehens



Quelle: Bergheim (2006), S. 2.

Ein solch weit gefasstes Verständnis von Wohlergehen ist allerdings mit vielen Problemen verbunden,¹⁵² so dass eine Verengung auf die ökonomische Einkommenssituation und damit das wirtschaftliche Wohlergehen i.e.S. praktikabel erscheint.

¹⁵⁰ Vgl. Baßeler, Heinrich, Utecht (2002), S. 232.

¹⁵¹ Die wachstumsbedingten Beschäftigungseffekte werden an dieser Stelle nicht thematisiert, weil sie bereits unter die Dimension der Ökonomieverträglichkeit subsumiert wurden.

¹⁵² Vgl. Bergheim (2006), S. 2.

3.3 Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung Liechtensteins – Eine Synthese

Zusammenfassend ergibt sich für die liechtensteinische Wirtschaftsentwicklung, dass diese immer dann **zukunftsfähig** ist, wenn sie die internationale Wettbewerbsstärke der heimischen Volkswirtschaft garantiert und den übergeordneten Wachstums- und Stabilitätszielen¹⁵³ in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht gerecht wird.

Oberste Priorität für eine gedeihliche volkswirtschaftliche Entwicklung wird dem **Wachstumsziel** zugeschrieben. Auch von Vertretern der ausgewogenen Nachhaltigkeit wird Wirtschaftswachstum explizit angestrebt. Damit behalten alle aus den Erkenntnissen der ökonomischen Wachstumstheorie und –empirie abgeleiteten Wachstumsdeterminanten für die liechtensteinische Wirtschaftsentwicklung uneingeschränkte Gültigkeit. Wie die obigen Ausführungen gezeigt haben, kann das Wirtschaftswachstum entweder durch eine Ausweitung des Arbeitsvolumens oder aber eine Steigerung der Arbeitsproduktivität angekurbelt werden. In einer »überbeschäftigten« Volkswirtschaft wie der liechtensteinischen, bei der nahezu auf jeden Einwohner ein Arbeitsplatz kommt und einer – im europäischen Vergleich - überdurchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen, stößt eine Steigerung des Arbeitsvolumens an seine Grenzen. Ein anhaltendes Wirtschaftswachstum muss damit vor allem an der Arbeitsproduktivität ansetzen. Zahlreiche mittelbare und unmittelbare Determinanten tragen zu einem Produktivitätsfortschritt bei, wobei dem Humankapital eine zentrale Bedeutung als »Wachstumstreiber« zukommt.¹⁵⁴ Gerade für ein, an Bodenschätzen armes Land, ist das Humankapital zweifelsohne der wichtigste Rohstoff der Zukunft. Er spiegelt die Qualität des Faktors Arbeit wieder und garantiert nicht nur direkt und indirekt ein produktivitätsbedingtes Wirtschaftswachstum, sondern gewährleistet auch die Bindung mobiler Ressourcen an den liechtensteinischen Wirtschaftsstandort. Humankapital wird durch Bildungsinvestitionen aufgebaut, so dass man „[...] Bildung als den wichtigsten Faktor überhaupt bezeichnen“¹⁵⁵ kann, für dessen Quantität und Qualität die staatliche Wirtschaftspolitik i.w.S. (mit-)verantwortlich ist.

Die Bedeutung der staatlichen Wirtschaftspolitik für das Wachstum hat sich allerdings nicht nur bei der Humankapital- beziehungsweise Wissensakkumulation im Rahmen der Bildungs- und Innovationspolitik gezeigt, sondern auch in zahlreichen anderen Politikfeldern. Wenngleich weitestgehend Einigkeit über die für das wirtschaftliche Wachstum relevanten Politikbereiche¹⁵⁶ – allen voran die Wettbewerbs-, Finanz- und Konjunktur- sowie Stabilisierungs- und Außenwirtschaftspolitik – besteht, so unterliegt Liechtenstein hier zahlreichen Besonderheiten, die allein aus seiner Kleinheit resultieren und größenadäquate Politikstrategien erfordert. So stehen einige Politikvariablen in Liech-

¹⁵³ Aufgrund des Währungsvertrags mit der Schweiz liegt allerdings die geldpolitische Zuständigkeit für die Preisniveaustabilität in den Händen der Schweizer Nationalbank.

¹⁵⁴ Vgl. Bergheim (2005b), S. 1.

¹⁵⁵ Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (2002), S. 114.

tenstein de jure, wie etwa die Geldpolitik, oder de facto, wie beispielsweise die Konjunkturpolitik, überhaupt nicht zur Disposition oder können nur sinnvoll in Kooperation mit Regionen angrenzender Staaten – wie etwa die Verkehrsinfrastrukturpolitik – durchgeführt werden. Schließlich hat in einer kleinen und hochgradig offenen Volkswirtschaft wie der liechtensteinischen jegliche Form der Wirtschaftspolitik auch immer eine außenwirtschaftliche Dimension, so dass den globalen und vor allem regionalen Entwicklungen bei nationalen Entscheidungen zwingend Rechnung getragen werden muss. Besondere Bedeutung für künftiges Wachstum kommt in diesem Zusammenhang der liechtensteinischen Regional- und Integrationspolitik zu.

Damit das liechtensteinische Wirtschaftswachstum auch nachhaltig ist, muss allerdings eine **Wachstumsoptimierung** erfolgen. Ein nachhaltiges Wachstum unterscheidet sich von »normalem« Wachstum nämlich durch das damit verbundene, qualitative Ziel der Nachhaltigkeit.

Das liechtensteinische Wirtschaftswachstum ist **ökonomisch nachhaltig**, wenn es die Nebenbedingung der Angemessenheit erfüllt. Die häufig verwendete Definition von Angemessenheit,¹⁵⁷ die ihre obere Begrenzung in der Aufrechterhaltung der Preisniveaustabilität und ihre untere Grenze im hohen Beschäftigungsstand findet, ist allerdings für Liechtenstein im Hinblick auf das Erfordernis der Preisniveaustabilität nicht sinnvoll anwendbar. Ebenso erscheint die Minimumregel des hohen Beschäftigungsstandes angesichts der liechtensteinischen Relation von Arbeitsplätzen zu Einwohnerzahl nicht zweckmäßig, so dass hier eine den liechtensteinischen Verhältnissen angepasste Neuinterpretation erfolgen muss.¹⁵⁸

Zudem muss ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in **sozialer Hinsicht** die Armut reduzieren und mit einer »gerechten« Verteilung der Einkommen einhergehen. Unabhängig von den Schwierigkeiten, die mit der Operationalisierung des Gerechtigkeitsbegriffes einhergehen, steht man in Liechtenstein allerdings vor dem zusätzlichen Problem einer unzureichenden Informationsgrundlage. Es existieren für Liechtenstein keinerlei Daten über die personellen Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Bevölkerung. Diese Schwierigkeit wird dadurch gemildert, dass künftig eine liechtensteinische Lohnstatistik veröffentlicht werden soll.¹⁵⁹ Dass schließlich auch für Liechtenstein als eines der »reichsten« Länder der Welt, die Armut einzelner Bevölkerungsgruppen überhaupt ein Thema ist, zeigt nicht zuletzt der Armutsbericht des *Amtes für Soziale Dienste*,¹⁶⁰ der fast acht Prozent der Haushalte als einkommensschwach einstuft.

Schließlich muss das Wirtschaftswachstum auch **ökologieverträglich** sein. Dies erfordert nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster. Angesichts der Kleinheit des Binnenmarktes hat für die exportorientierte Güter- und Dienstleistungsbranche allerdings die inländische Nachfrage nur eine nachrangige Bedeutung, so dass den Produktions- im

¹⁵⁶ Vgl. z. B. Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (2002), S. 25 f.

¹⁵⁷ Vgl. Molitor (2001), S. 35.

¹⁵⁸ Vgl. hierzu die Ausführungen in Abschnitt 5.2.1.

¹⁵⁹ Vgl. Oehry (2006), S. 11.

¹⁶⁰ Vgl. Amt für Soziale Dienste (1997), S. 23.

Gegensatz zu den Konsumweisen relativ mehr Gewicht zukommt. Zentrale Voraussetzung für ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Liechtenstein sind Nachhaltigkeitsinnovationen i.V.m. technischen und nicht-technischen Fortschritt. Da globale Umweltprobleme keine Rücksicht auf die Größe eines Landes nehmen, stellt gerade die nachhaltige Energiebewirtschaftung eine zentrale Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit der liechtensteinischen Volkswirtschaft dar. Zum einen wird die Sicherstellung der Energieversorgung immer mehr zum Standortfaktor; und zum anderen können nur durch einen nachhaltigen Energieverbrauch die Kosten des weltweiten Klimawandels begrenzt werden. Demnach kommt dem nachhaltigen »Energiemanagement« zentrale Bedeutung im Zuge der liechtensteinischen Wachstumsoptimierung zu. Daneben unterliegen allerdings Kleinstaaten zahlreichen kleinstaatenspezifischen Besonderheiten, die im Zuge einer ökologischen Wachstumsoptimierung zu berücksichtigen sind, und im Folgenden analysiert werden.

4 Kleinstaaten als Untersuchungsgegenstand sui generis?

Nachdem zentrale Determinanten für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung abgeleitet wurden, stellt sich nun die Frage, welchen besonderen Bedingungen dabei ein Kleinstaat wie Liechtenstein unterliegt. Unabhängig davon, ob man traditionelle Abgrenzungskriterien¹⁶¹ wie Bevölkerungszahl und Staatsfläche zugrunde legt, oder aber diesen substanziellen Kriterienkatalog um relationale oder attributive Merkmale erweitert,¹⁶² kann Liechtenstein zweifelsohne als Kleinstaat bezeichnet werden. Ob allerdings ein kleinstaatenspezifischer Analyserahmen gerechtfertigt ist, hängt davon ab, ob sich Kleinstaaten in wirtschaftlicher Hinsicht von großen Staaten unterscheiden.

So ist zwar einerseits der Aussage von *Kirt* und *Waschkuhn* zuzustimmen, dass Kleinstaaten nicht lediglich die Liliputversion von größeren Staaten sind,¹⁶³ sondern sich in vielerlei Hinsicht – angefangen von ihrem Ressourcenpotenzial bis hin zu ihren Zielen und Strategien – von diesen unterscheiden. Auf der anderen Seite zeichnet die ökonomische Realität ein deutliches Bild davon, dass kleine und große Staaten in ihrem Wohlstandsniveau kaum divergieren und somit die Größe eines Landes keinen nennenswerten Einfluss auf die wirtschaftliche Prosperität hat.¹⁶⁴ Warum in dieser Arbeit dennoch ein kleinstaatenspezifischer Analyserahmen gewählt wird, soll im Folgenden auf Basis eines Überblicks über die Erkenntnisse der ökonomischen Kleinstaatenforschung verdeutlicht werden.

¹⁶¹ Vgl. Kocher (2003), S. 16 ff.

¹⁶² Vgl. Geser (2001), S. 97.

¹⁶³ Vgl. Kirt, Waschkuhn (2001), S. 39.

4.1 Klein- und Mikrostaaten als Gegenstand der Kleinstaatenforschung

Kleinstaaten sind die einzige Staatenkategorie, die einen spezifischen Forschungszweig – die Kleinstaatenforschung – ihr eigen nennen dürfen.¹⁶⁵ Dieser hat es sich zum Ziel gesetzt, die besonderen Bedingungen, denen Kleinstaaten unterliegen, und ihre Entwicklungsgeschichte in historischer, politischer, ökonomischer und soziologischer Perspektive zu analysieren.

Allerdings besteht trotz langjähriger Kleinstaatenforschung,¹⁶⁶ keine Einigkeit darüber, wie ein **Kleinstaat** exakt definiert werden kann,¹⁶⁷ wengleich genau diese Fragestellung oftmals im Zentrum kleinstaatenspezifischer Publikationen steht.¹⁶⁸ „Overall [...] small states have been a residual category [...]. It borders on two even more weakly defined sub-categories: middle powers [...] and micro-states [...].“¹⁶⁹ Noch schwieriger wird die Abgrenzung beziehungsweise Zuordnung, wenn man zusätzlich die Kategorie der Kleinst- beziehungsweise **Mikrostaaten** einführt.¹⁷⁰ Folgt man der gängigen Praxis der Europäischen Union, dann zählen alle unabhängigen, völkerrechtlichen Staaten mit weniger als 100.000 Einwohner – und damit auch Liechtenstein – zu den Mikrostaaten. *Gstöhl* schreibt Liechtenstein dennoch eine »Zwitterstellung« zu, indem sie das Fürstentum in struktureller Hinsicht den Mikrostaaten und unter wirtschaftlichen und integrationspolitischen Aspekten den Kleinstaaten zuweist.¹⁷¹

Diese definitorischen Unklarheiten und damit immer beliebigen Grenzziehungen zwischen »middle powers«, Kleinstaaten und Mikrostaaten verdeutlichen, dass im Grunde die vergleichbare politische und soziale Einheit eines Klein- oder gar Mikrostaates nicht eindeutig existiert. Selbst wenn man sich auf die kleinen und hoch entwickelten europäischen Staaten beschränkt, bleiben Ein- und Abgrenzungsprobleme bestehen und es stellt sich die Frage, ob Erkenntnisse aus der quantitativ bedeutsameren Kleinstaatenforschung mit ihren unterschiedlichen Erkenntnisobjekten ohne weiteres auf die europäischen Mikrostaaten von der Größe Liechtensteins übertragen werden können.¹⁷² Wenn argumentiert wird, dass Kleinstaaten anderen Bedingungen unterliegen als größere Staaten, die ihre Stellung als Staatenkategorie »sui generis« rechtfertigen,¹⁷³ dann wird schnell deutlich, dass Mikrostaaten auch einige Besonderheiten im Vergleich zu Kleinstaaten von der Größe Österreichs oder der Schweiz mit rund 8,2 Mio. beziehungsweise 7,5 Mio. Einwohnern aufweisen. Man denke nur an den mit abnehmender Größe zu-

¹⁶⁴ Vgl. Rothschild (1993), S. 86.

¹⁶⁵ Vgl. Kirt, Waschkuhn (2001), S. 23.

¹⁶⁶ Für einen Überblick über die Kleinstaatenforschung vgl. Neumann, Gstöhl (2004), S. 7 ff.; Kirt, Waschkuhn (2001), S. 23 ff.; Ott (2000), S. 30 ff.

¹⁶⁷ Vgl. Vielgrader (2000), S. 445.

¹⁶⁸ So auch Höll (1978), S. 260.

¹⁶⁹ Neumann, Gstöhl (2004), S. 7.

¹⁷⁰ Vgl. Hummer (2004), S. 30; Pfusterschmid-Hardtenstein (2001), S. 78.

¹⁷¹ Vgl. Gstöhl (2001), S. 14.

¹⁷² Vgl. Vielgrader (2000), S. 448 ff.

¹⁷³ Vgl. Kirt, Waschkuhn (2001), S. 39.

nehmenden Kostennachteil im öffentlichen Sektor, der die Möglichkeiten zum nationalstaatlichen Kollektivgutangebot in Mikrostaaten stark limitiert.¹⁷⁴ So ist es in diesem Zusammenhang auch nicht verwunderlich, dass zahlreiche Kleinststaaten nicht über eine eigene Währung verfügen. So galten beispielsweise in Andorra vor Einführung des Euro sowohl die spanischen Peseten als auch die französischen Francs als offizielle Zahlungsmittel. Desgleichen besteht zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und dem Nachbarland Schweiz eine Zoll- und Währungsunion. Bereits im Jahr 1924 wurde in Liechtenstein der Schweizer Franken (CHF) zur gesetzlichen Währung, was zur Folge hat, dass das geld- und währungspolitische Steuerungsinstrument für den kleineren Partner obsolet bleibt.

Allein diese Beispiele verdeutlichen, dass eine „pauschale Beantwortung der Frage, ob die Kleinstaatentheorien auch auf Mikrostaaten anwendbar sind, [...] nicht möglich“¹⁷⁵ ist. Andererseits stellen aber auch die europäischen Mikrostaaten keine homogene Einheit dar, so dass ein Ausweg nur darin bestehen kann, die im Folgenden dargestellten Erkenntnisse der Kleinstaatenforschung immer im Hinblick auf ihre Verwertbarkeit für den Untersuchungsgegenstand Liechtenstein zu interpretieren.

4.2 Überblick über die ökonomische Kleinstaatenforschung

Die Kleinstaatenforschung ist eine sehr junge Disziplin und war in ihren Anfängen stark von der amerikanischen politikwissenschaftlichen Denkschule des Realismus geprägt. Hier standen vor allem sicherheitspolitische Aspekte im Zentrum des Interesses.¹⁷⁶ In den europäischen Sozialwissenschaften wurde der Kleinstaat dagegen erst später als Forschungsobjekt wahrgenommen. Ende der 1960er Jahre entstand – quasi als Gegenbewegung zum »American approach« - eine eigenständige europäische Kleinstaatenforschung, die sich stärker an der qualitativen Sozialforschung orientierte und in erster Linie durch Wissenschaftler aus den Kleinststaaten selbst betrieben wurde. Beide Denkschulen – amerikanische und europäische – stehen sich auch heute noch mehr oder minder unverbunden gegenüber.¹⁷⁷

Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs hat sich die Anzahl der Kleinststaaten mehr als verdoppelt und zu einer verstärkten wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Kleinstaatensphänomen geführt.¹⁷⁸ Ihre Blütezeit erlebte die Kleinstaatenforschung in den späten 1950er Jahren bis in die frühen 1970er Jahre.¹⁷⁹ Während dieser Phase lag der Fokus zunächst noch auf sicherheitspolitischen Fragen, die zunehmend um soziologi-

¹⁷⁴ Vgl. Kocher (2003), S. 67 und Alesina, Wacziarg (1997), S. 14.

¹⁷⁵ Vielgrader (2000), S. 450.

¹⁷⁶ Vgl. Höll (1978), S. 261.

¹⁷⁷ Vgl. Kirt, Waschkuhn (2001), S. 25.

¹⁷⁸ Vgl. Höll (1978), S. 260.

¹⁷⁹ Vgl. Gstöhl (2001), S. 21. Für eine Bestandsaufnahme vgl. Höll (1983).

sche und ökonomische Fragestellungen ergänzt wurden. Dabei beherrschten allerdings Aussagen zur wirtschaftlichen und politischen Verwundbarkeit beziehungsweise Schwäche die Debatte.¹⁸⁰ In inhaltlicher Sicht können die zur damaligen Zeit vorliegenden Publikationen im Wesentlichen in drei Hauptgruppen unterteilt werden: „»Traditionelle« Beiträge, deren Hauptakzent auf sicherheitspolitischen Fragen liegt, sodann empirisch-analytische Arbeiten, die sich moderner sozialwissenschaftlicher Analysemethoden bedienen, und schließlich Beiträge über ökonomische Abhängigkeiten von Kleinstaaten“.¹⁸¹ In den Wirtschaftswissenschaften dominierten klar die (vermeintlichen) Nachteile von Kleinstaaten in der ökonomischen Innen- wie auch Außenperspektive mit Blick auf Binnen- und Weltmarkt die Literatur.¹⁸² „It would seem from the discussion so far that small countries are under a greater handicap than large in the task of economic growth.“¹⁸³

In den 1980er Jahren ließ das wissenschaftliche Interesse an Kleinstaaten nach und die theoriegeleitete komparative Kleinstaatenforschung kam quasi zum Erliegen.¹⁸⁴ Eine Renaissance erfuhr die Kleinstaatenforschung mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Zerfall Jugoslawiens im ausgehenden 20. Jahrhundert, die zu einer „Mutation Europas zum Kleinstaaten-Kontinent“¹⁸⁵ führte. Im Zuge des europäischen Integrationsprozesses setzten sich zahlreiche Studien explizit mit der politischen und wirtschaftlichen Stellung von Kleinstaaten in der Europäischen Union auseinander.¹⁸⁶ In aller Regel dominierten hier aber »durchschnittlich große« Kleinstaaten die Debatte, während das Forschungsinteresse mit abnehmender Größe des Landes zurückging.

Angesichts der wirtschaftlichen Prosperität zahlreicher Kleinstaaten unter den Bedingungen von Globalisierung und regionaler Integration wurden die negativ besetzten wirtschaftswissenschaftlichen Hypothesen der 1960er Jahre in den letzten Dekaden zunehmend in Frage gestellt und von zahlreichen Autoren widerlegt.¹⁸⁷ Stellvertretend kamen *Easterly* und *Kraay* in ihrer Regressionsanalyse Ende der 1990er Jahre zu dem Ergebnis, „[...] that small states have, if anything, significantly higher per capita income than others in their region. There is no significant difference in growth performance between large and small states.“¹⁸⁸ Heute wird Kleinheit im Umfeld von Globalisierung und Regionalisierung überwiegend nicht mehr einseitig als Nachteil, sondern vor allem auch als Chance für eine erfolgreiche ökonomische Entwicklung betrachtet.¹⁸⁹ Der ökonomische Erfolg von Kleinstaaten führte sogar soweit, dass Kleinstaaten vereinzelt zu Modell- beziehungsweise Pionierstaaten avancierten.¹⁹⁰

¹⁸⁰ Vgl. Neumann, Gstöhl (2004), S. 9.

¹⁸¹ Höll (1978), S. 261.

¹⁸² Vgl. beispielsweise Handel (1981), S. 220 ff.

¹⁸³ Kuznets (1960), S. 27.

¹⁸⁴ Vgl. Neumann, Gstöhl (2004), S. 10.

¹⁸⁵ Kirt, Waschkuhn (2001), S. 27.

¹⁸⁶ Vgl. stellvertretend Thorhallson (2000); Götschel (1998).

¹⁸⁷ Vgl. Kocher (2003); Easterly, Kraay (2000); Armstrong, de Kervenoael, Li, Read (1998); Armstrong, Read (1998); Armstrong, Read (1995).

¹⁸⁸ Easterly, Kraay (1999), S. 15.

¹⁸⁹ Vgl. Kocher (2003), S. 134.

¹⁹⁰ Vgl. Vielgrader (2000), S. 443; Geser (1993), S. 42 ff.

Lässt man die Kleinstaatenforschung von ihren Anfängen bis heute Revue passieren, so kann festgestellt werden, dass „there has been no continuous flow of research on small states.“¹⁹¹ Gegenüber den späten 1950er und den frühen 1960er Jahren hat sich das Spektrum der Kleinstaatenforschung zwar erweitert, indem vermehrt auch ökonomische, soziologische, rechtliche oder kulturelle Fragestellungen untersucht werden. Dennoch wird den Kleinstaaten und vielmehr noch den Mikrostaaten immer noch relativ wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Die Kleinstaatenforschung ist bis heute eine Nischendisziplin¹⁹² geblieben und die Staatsgröße wird bei vielen ökonomischen Forschungsfragen und verwandten Wissenschaftsdisziplinen, wie zum Beispiel der seit den 1980er Jahren aufstrebenden Nachhaltigkeitsforschung, nicht thematisiert.

4.3 Notwendigkeit einer kleinstaatenspezifischen Betrachtungsweise

„Ob ein Land reich oder arm ist, ist in einer offenen Welt kaum davon abhängig, wie groß oder klein es ist.“¹⁹³ Diese Feststellung kann als eine zentrale Quintessenz der modernen ökonomischen Kleinstaatenforschung angesehen werden. Hat dies nun zur Folge, dass sich die hier aufgeworfene Frage nach der Zukunftsfähigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung im Kleinstaat Liechtenstein spiegelbildlich zu größeren Staaten beantworten lässt? Die Antwort lautet »nein« - und zwar aus mehreren Gründen.

Es ist zwar richtig, dass in einer globalisierten Welt die meisten kleinheitsbedingten Nachteile an Bedeutung verloren und viele kleinheitsbedingten Vorteile an Bedeutung gewonnen haben¹⁹⁴ und deshalb Kleinstaaten in einer offenen Welt per se nicht schlechter gestellt sind als größere Staaten. Dennoch bleibt nach wie vor gültig, dass die Kleinheit eines Landes mit immanenten Knappheiten korreliert, die weiterhin gelten. Lediglich die, vor allem in den 1960er Jahren daraus abgeleiteten Folgen haben in einer globalisierten Welt ihren Erklärungsgehalt eingebüsst. Nun ist aber die künftige Entwicklung der Globalisierung ungewiss, wenngleich ein »Globalisierungs-Backlash« unwahrscheinlich ist.¹⁹⁵ Aber allein die der Globalisierung innewohnende Dynamik erfordert es, Stellenwert und Konsequenz der originären größenbedingten Unterschiede immer wieder neu zu überprüfen. Die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung Liechtensteins ließe sich nur unzureichend beantworten, wenn man den Ist-Zustand als Referenzgröße heranzieht, da die Zukunft eben gerade nicht mit der Gegenwart und Vergangenheit gleich zu setzen ist.

Ebenso ist richtig, dass ein kausaler Zusammenhang zwischen allgemeinem Entwicklungsniveau und materiellem Reichtum einer Volkswirtschaft existiert und die Chancen

¹⁹¹ Neumann, Gstöhl (2004), S. 12.

¹⁹² Vgl. Kirt, Waschkuhn (2001), S. 23.

¹⁹³ Rothschild (1993), S. 86.

¹⁹⁴ Vgl. Vielgrader (2000), S. 434.

¹⁹⁵ Vgl. Werner (2004), S. 39. Anderer Ansicht dagegen Giersch (1998), S. 27.

zu einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung wiederum nicht mit der Größe eines Landes korrelieren.¹⁹⁶ Wenn nun zwar das wirtschaftliche Entwicklungsniveau als Resultat wirtschaftlichen Agierens größenunabhängig ist, so unterscheiden sich doch vielfach die Wege dorthin, die auch Ausdruck der größenabhängigen Entwicklungspotenziale sind. „Und da der Kleinstaat eben nicht einfach nur das kleinere Pendant zum großen Staat ist, hat er [...] andere Methoden und Strategien, um seine jeweiligen Ziele zu erreichen“.¹⁹⁷ Man denke in diesem Zusammenhang nur an die bei Mikrostaaten weit verbreitete Outsourcing-Strategie beim Angebot öffentlicher Güter,¹⁹⁸ die aus den institutionellen Begrenzungen von Kleinstaaten resultieren. Diese unterschiedlichen Methoden und Strategien erfordern demnach eine (größen-)differenzierte Betrachtung.

Dass Kleinstaaten gerade im Hinblick auf eine dauerhafte, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung anderen Bedingungen unterliegen wie größere Staaten lässt sich bereits an der ungleichen Anfangsausstattung mit Ressourcen in personeller, räumlicher und institutioneller Hinsicht ablesen. Diese zwingt Kleinstaaten aus reinem Selbstinteresse zu einem »schonenden« Ressourcenumgang.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass für die hier verfolgte Fragestellung nach der Zukunftsfähigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung Liechtensteins ein kleinstaatenspezifischer Analyserahmen nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig erscheint, da zwischen kleinen und großen Staaten grundlegende Unterschiede im Hinblick auf ihre originären Ausgangsbedingungen existieren. Mit einer solchen Herangehensweise wird insofern Neuland betreten, als in der Nachhaltigkeitsforschung bis dato keine systematische Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung in Abhängigkeit von der Staatsgröße stattfindet.¹⁹⁹

5 Kleinheitsbedingte Optionen und Restriktionen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung

5.1 Kleinstaatlichkeit und Globalisierung als analytischer Rahmen

Wenngleich die Strukturdeterminante Kleinheit – oder treffender als **Kleinstaatlichkeit** umschrieben - zweifelsohne ein wichtiges Analyse Kriterium darstellt, hat bereits die

¹⁹⁶ Vgl. Vielgrader (2000), S. 434 f.

¹⁹⁷ Kirt, Waschkuhn (2001), S. 39.

¹⁹⁸ Vgl. Gantner, Eibl (1999), S. 176.

¹⁹⁹ Eine Ausnahme bilden etwa die Beiträge über »Small (Pacific) Island States«. Vgl. z.B. Bass, Dalal-Clayton (1995); Hooper (2005).

Zusammenschau zur wirtschaftswissenschaftlichen Kleinstaatenforschung die Bedeutung der internationalen Verflechtungen für die Entwicklungsbedingungen von Klein- und Mikrostaaten deutlich gemacht. Tatsächlich vollzieht sich die wirtschaftliche Entwicklung Liechtensteins nicht in einem »luftleeren Raum«, sondern wird sowohl von der eigenen Gestaltungskraft als auch der Außenwelt bestimmt.²⁰⁰ Dieses äußere Umfeld lässt sich mit dem Schlagwort »**Globalisierung**« charakterisieren.

Globalisierung wird als externe Determinante interpretiert, die zwar teilweise von Menschenhand gemacht ist,²⁰¹ für ein einzelnes Land allerdings als gegebenes, wenngleich dynamisches Faktum zu sehen ist. Dabei existieren vielfältige Dimensionen der Globalisierung²⁰² – neben der wirtschaftlichen, die ökologische, politische, gesellschaftliche und kulturelle Globalisierung. Die nachstehenden Ausführungen stellen die ökonomische Globalisierung in den Mittelpunkt, wobei allerdings die anderen Dimensionen der Globalisierung nicht vollständig vernachlässigt werden dürfen. Die ökonomische Globalisierung ist durch eine weltwirtschaftliche Integration bei zunehmender internationaler Verflechtung der Güter- und Faktormärkte gekennzeichnet.²⁰³ Neben dieser ökonomischen Integration auf globaler Ebene spielt aber auch die regionale Integration für die Zukunftsfähigkeit der liechtensteinischen Wirtschaftsentwicklung eine wichtige Rolle. Diese regionale Integration wird als eine – räumlich begrenzte – Form der wirtschaftlichen und politischen Globalisierung verstanden²⁰⁴ und damit unter den Globalisierungsbegriff subsumiert. Mit der European Free Trade Association (EFTA), dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und der Zoll- und Währungsunion mit der Schweiz ist das Fürstentum Liechtenstein gleich in drei, sich teils überlappende, regionale Integrationsräume eingebunden.

5.2 Optionen und Restriktionen in einer globalisierten Welt

Wenn an dieser Stelle nach den Optionen und Restriktionen für die zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung von (europäischen) Kleinststaaten im Zuge der Globalisierung gefragt wird, dann geht es um grundlegende Bedingungen. Ebenso wenig wie sich nämlich die großen Staaten Deutschland und Frankreich in ihrer Wirtschaftsentwicklung vollständig gleichen, gilt dies auch für die Kleinstaaten Schweiz und Österreich oder die Mikrostaaten Liechtenstein und Andorra. Der hier verfolgte kleinststaatenbezogene Blickwinkel kann also nur dazu dienen, für Kleinstaaten charakteristische Merkmale herauszufiltern; nicht aber eine Einzelfallanalyse ersetzen. Konkret sollen mit Blick auf

²⁰⁰ Vgl. Kirt, Waschkuhn (2001), S. 40.

²⁰¹ Vgl. Lammers (1999), S. 11.

²⁰² Vgl. Pällinger (2005), S. 19 f.

²⁰³ Vgl. Eickhof (2003), S. 2.

²⁰⁴ Vgl. Simon (2006), S. 13.

Liechtenstein grundlegende kleinstaatenspezifische Restriktionen und Optionen analysiert werden, die eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung behindern beziehungsweise fördern.

5.2.1 Kleinstaatenspezifische Restriktionen

Wie bereits erwähnt, wurden die meisten wirtschaftlichen Nachteile von Kleinstaaten mit fortschreitender Globalisierung bedeutungslos. Geblieben ist allerdings die grundsätzliche Tatsache, dass kleine im Vergleich zu großen Staaten eine **Ressourcenknappheit** aufweisen.²⁰⁵ Da Kleinheit weniger eine absolute Größe als vielmehr eine Vergleichsgröße ist,²⁰⁶ handelt es sich streng genommen um eine relative Ressourcenknappheit im Vergleich zu größeren Staaten. An dieser Stelle wird zudem zwischen originären und derivativen Knappheiten unterschieden, wobei der Schwerpunkt auf den originären Knappheiten liegt. Zu den originär knappen Ressourcen eines Kleinstaates wird die Einwohnerzahl und die Staatsfläche gezählt, während institutionelle und finanzielle Rahmenbedingungen den so genannten derivativen Knappheiten zugerechnet werden, da sie eine Folge originärer Knappheiten sind.

Eine gängige Abgrenzung von Mikrostaaten bezieht sich auf die Staatsfläche.²⁰⁷ Demnach werden Kleinstaaten dann als solche bezeichnet, wenn sie nur über ein kleines Staatsgebiet verfügen. Liechtenstein zählt nach dieser Definition mit seinen 160 km² zu den kleinsten Ländern der Welt. Die **räumliche Ressourcenknappheit** ist damit eine originäre Bedingung für den Kleinstaat Liechtenstein. Es stellt sich deshalb die Frage, inwiefern der begrenzte Raum auch eine Restriktion für die liechtensteinische Wirtschaftsentwicklung darstellt.

Reduziert man den Raum ausschließlich auf seine Fläche, dann sind die Ansichten in der Literatur weitestgehend einstimmig: „Das Kriterium der Fläche spielt [...] vom ökonomischen Gesichtspunkt her die geringste Rolle“.²⁰⁸ Um die Fläche als Ganzes konkurrieren verschiedene wirtschaftliche und nicht-wirtschaftliche Nutzungsansprüche. Dieser Konflikt wird durch die ursprüngliche Aneignung des Bodens und das Eigentumsrecht geregelt, indem die Grundstücke auf dem Bodenmarkt gehandelt werden. So lassen sich vor allem diejenigen Nutzungsansprüche durchsetzen, die die größte Wertschöpfung erwarten lassen, wodurch Opportunitäts- beziehungsweise Verzichtskosten durch die Verdrängung alternativer (nicht-wirtschaftlicher) Nutzungsformen entstehen, die allerdings eine geringere Wertschöpfung aufweisen. Deshalb ist der durch die Umwidmung der Fläche in wirtschaftliche Verwendungsarten erzielte Saldo-Betrag zum wirtschaftlichen Wachstum zunächst positiv.²⁰⁹ Da der Lebensraum als solcher keinen Preis hat, wird er im ökonomischen Sinne auch nicht knapp und stellt damit auch keine

²⁰⁵ Vgl. Simon (2006), S. 8 f.

²⁰⁶ Vgl. Waschkuhn (1993), S. 8.

²⁰⁷ Vgl. Kocher (2003), S. 20 ff.

²⁰⁸ Rothschild (1993), S. 79.

²⁰⁹ Vgl. Binswanger (2006), S. 220 f.

Wachstumsbehinderung dar, selbst wenn seine Verknappung infolge von Umfunktionalisierungen immer größer wird. Diese Umwidmungen sind auch für Liechtenstein charakteristisch. „Natur und Landschaft und die Landwirtschaft wurden der höheren Wertschöpfung der Siedlung untergeordnet. Die einstige Übernutzung der Ressource Holz ist einer Übernutzung der Ressource Land gewichen.“²¹⁰ Berücksichtigt man die langfristigen Folgewirkungen, wie zum Beispiel den Verlust der Biodiversität, dann können aus diesen Umfunktionalisierungen künftig durchaus negative Nettobeiträge zum Sozialprodukt resultieren.

Zudem ist die gesamte Fläche – und vor allem auch die wirtschaftlich nutzbare Fläche – in der Hinsicht begrenzt, dass sich ihr Bestand nicht vergrößern lässt. So schränkt die Raumknappheit beispielsweise nicht nur die Möglichkeit zur Ansiedlung flächenintensiver Wirtschaftszweige in Kleinststaaten ein, sondern stellt für Liechtenstein gerade in Bezug auf die Verkehrsfläche einen Engpassfaktor dar.²¹¹ Während die internationale Anbindung noch durch Outsourcing gelöst werden kann, existiert für den Binnen- und Quell- beziehungsweise Zielverkehr eine solche Option nicht. Die Verkehrswege und die Mobilität von Personen und Gütern stellen allerdings eine zentrale infrastrukturelle Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum dar.²¹² Kleinststaaten mit geringer Fläche stoßen hier schneller an ihre Kapazitätsgrenzen als größere Staaten. Speziell für Liechtenstein wird zudem - je nach Entwicklungsszenario - eine Verkehrszunahme von bis zu 60 Prozent für den Zeitraum zwischen 2025 und 2040 prognostiziert.²¹³ Bereits heute ist aber die Verkehrsbelastung mit großen ökologischen und gesamtwirtschaftlichen (Folge-)Kosten verbunden.²¹⁴

Versteht man den Raum umfassender als Natur und fragt nach den **natürlichen Ressourcenknappheiten**, muss man sich zunächst die vielfältigen Dienstleistungen der Natur vergegenwärtigen. Dies ist einerseits die Quellenfunktion, indem die Natur als Rohstoff- und Energielieferantin für die Wirtschaft fungiert und andererseits die Senken- und Absorptionsfunktion, die im weitesten Sinne auch als Lebenserhaltungsfunktion bezeichnet werden kann. Schließlich erfüllt die Natur auch eine Konsumfunktion, indem sie die Lebensqualität der Menschen mitbestimmt.²¹⁵

In Bezug auf die Quellenfunktion würde die Größe eines Landes nur dann eine Rolle spielen, wenn Rohstoffe und Primärenergieträger gleichmäßig über die Welt verteilt sind, was allerdings nicht der Fall ist, so dass hier keine kleinstaatenspezifische Ressourcenknappheit vorliegt.²¹⁶ Zum gleichen Ergebnis - allerdings mit anderer Begründung - gelangt man im Hinblick auf die Lebenserhaltungsfunktion. Diese kann als globales Umweltgut bezeichnet werden, so dass sich hier eine länderbezogene Perspektive verbietet. Anders sieht es mit der Konsumfunktion der Natur aus, die sich in erster Linie

²¹⁰ Broggi (2006), S. 277.

²¹¹ Vgl. Strittmatter Partner AG (2006), S. 55 f.

²¹² Vgl. Willeke (2002), S. 48 f.

²¹³ Vgl. Strittmatter Partner AG (2006), S. 54.

²¹⁴ Vgl. LGU (2002), S. 16 ff.

²¹⁵ Vgl. Bartmann (2000), S. 3; Komar (1998), S. 6.

²¹⁶ Vgl. Rothschild (1993), S. 79.

auf die Schönheit und Unversehrtheit von Landschaft und Natur bezieht. Kleinstaat sind allein aufgrund ihrer Kleinheit per se mit einem relativ geringeren Bestand ausgestattet. Aufgrund der oben dargelegten Konkurrenz zwischen wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen Nutzungsarten, kommt es zu einer Umwidmung der Natur zu Lasten nicht-wirtschaftlicher Nutzungsformen. Aufgrund der geringen Anfangsausstattung werden in Kleinstaat deshalb schneller »kritische Bestände« unterschritten, die zur Aufrechterhaltung der Artenvielfalt und der Konsumfunktion nötig sind. Folgt man der Theorie des Standortwettbewerbs, dann ist die Konsumfunktion der Natur ein weicher personenbezogener Standortfaktor, der die subjektive Einschätzung über die Lebens- und Arbeitsbedingungen am Standort determiniert.²¹⁷ Solchen weichen Faktoren wird im globalen Standortwettbewerb bei der internationalen Konkurrenz um mobile, hoch qualifizierte Arbeitskräfte und Unternehmen, zunehmende Bedeutung zugesprochen.²¹⁸ Dadurch wird allerdings die Konsumfunktion der Natur zu einer hochgradig wirtschaftlichen Nutzungsform.

Ein weiteres traditionelles Abgrenzungskriterium von Kleinstaat orientiert sich an der Bevölkerungszahl.²¹⁹ Liechtenstein zählt mit seinen rund 35.000 Einwohnern auch nach dieser Definition zu den kleinsten Staaten der Welt, so dass die **personelle Ressourcenknappheit** eine weitere originäre Bedingung von Kleinstaat ist. Die Bevölkerungsgröße ist sowohl von der Produktions- wie auch von der Absatzseite her relevant für die Wirtschaft,²²⁰ wobei die Absatzseite im Zuge der Globalisierung an Bedeutung verloren hat. Von der Inputseite her bestimmt die Bevölkerungsgröße zunächst das volkswirtschaftliche **Arbeitsangebot** und damit die quantitative Wachstumsdeterminante Arbeitsvolumen.

Die (relative) Knappheit des Produktionsfaktors Arbeit spiegelt sich in seinem hohen Preis wieder. Bei offenen Gütermärkten konzentriert sich jedes Land nach dem Faktorpreisproportionentheorem²²¹ auf die Produktion jener Güter und Dienstleistungen, bei denen der relativ reichlich vorhandene Faktor intensiver eingesetzt wird, was für das Land mit dem relativ knappen Faktor Arbeit eine kapitalintensive Produktion zur Folge hat, wohingegen relativ arbeitsintensive Wirtschaftsbereiche unterrepräsentiert sind. Findet zusätzlich Arbeitsmigration statt, so wird der Effekt auf die Wirtschaftsstruktur abgeschwächt, da die Faktoren immer dort hin wandern, wo sie den höchsten Ertrag erzielen. So strömt in das relativ kapitalintensive Land Arbeit, weil sie dort höher entlohnt wird. Ein mittel- bis langfristig starkes Absinken der Löhne als Folge der Anpassungsprozesse kann dadurch verhindert werden, dass die kurzfristige Einkommensniveaureduktion infolge der gesunkenen Faktorkosten zu einer Produktionszunahme in den arbeitsintensiven Wirtschaftsbereichen führt, was wiederum eine erhöhte Arbeitsnachfrage auslöst, die tendenziell lohnsteigernd wirkt.²²² Eine »ausgewogene« Wirt-

²¹⁷ Vgl. Grabow (2004), S. 39.

²¹⁸ Vgl. Grabow (2004), S. 37.

²¹⁹ Vgl. Kocher (2003), S. 18.

²²⁰ Vgl. Olafsson (1998), S. 8.

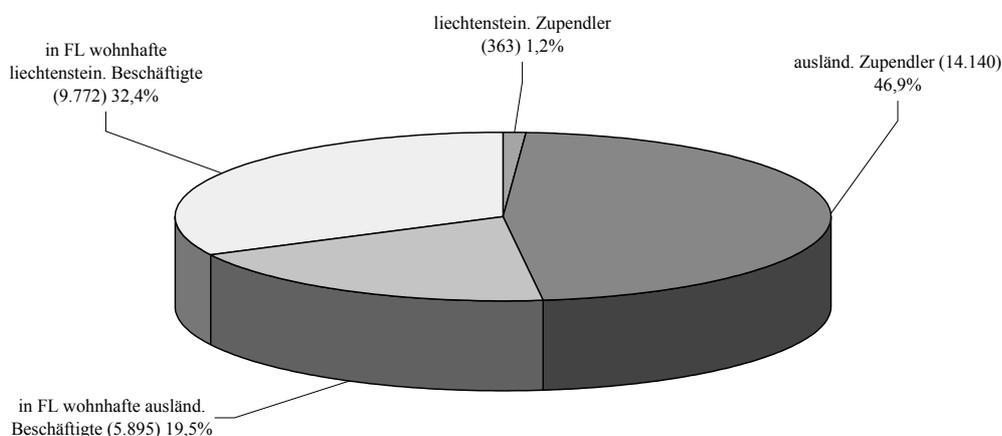
²²¹ Vgl. z. B. Siebert (2000), S. 58 ff.

²²² Vgl. Studer (2004), S. 25.

schaftsstruktur ist also nur durch Arbeitskräftemigration zu bewerkstelligen, wie sich mit Blick auf Liechtenstein zeigt.

Im Fürstentum standen zum Ende des Jahres 2005 den 34.905 Einwohnern²²³ 30.757 Arbeitsplätze gegenüber, die sich auf 30.170 Beschäftigte verteilten, von denen zwei Drittel ausländische Staatsbürger sind.²²⁴ Die meisten der in Liechtenstein beschäftigten Ausländer stammen aus der Schweiz und dem Europäischen Wirtschaftsraum und hier vor allem aus Österreich und Deutschland.²²⁵

Abbildung 10: Beschäftigungsstruktur in Liechtenstein per 31.12.2005



Quelle: Amt für Volkswirtschaft (2005a), S. 15.

Bis zum Jahr 2040 wird – ausgehend von der Referenzbasis des Jahres 1995 – ein weiterer Anstieg der Arbeitsplätze prognostiziert. Je nach unterstelltem Entwicklungsszenario werden im Jahr 2040 zwischen 34.000 und 55.100 Arbeitsplätze benötigt. Unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung kann dieser Zusatzbedarf nicht durch die Wohnbevölkerung inklusive der Zuwanderung i.e.S. gedeckt werden, sondern nur durch mehr Grenzgänger.²²⁶ Damit wird die Überwindung der Arbeitsknappheit von der

²²³ Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005b), S. 20.

²²⁴ Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005a), S. 42 und S. 15.

²²⁵ Vgl. Amt für Volkswirtschaft (2005a), S. 86.

²²⁶ Vgl. Strittmatter Partner AG (2003), S. 22 und S. 24.

regionalen Entwicklung determiniert und ist davon abhängig, ob für die Zupendler auch weiterhin ein Nettogewinn aus der grenzüberschreitenden Tätigkeit resultiert.

Ähnlich verhält es sich mit der qualitativen Komponente der personellen Ressourcenknappheit – dem faktorgebundenen **Humankapital**. Das Humankapital ist untrennbar an die Person des Arbeitnehmers gekoppelt, indem es das in den ausgebildeten Arbeitskräften repräsentierte Leistungspotenzial einer Volkswirtschaft widerspiegelt und maßgeblich zum Wirtschaftswachstum beiträgt. Angesichts der personellen Ressourcenknappheit haben arbeitsintensive Wirtschaftsbereiche in Kleinstaaten eine untergeordnete und kapital- und wissensintensive Branchen mit einem relativ hohen Humankapitalbedarf eine übergeordnete Bedeutung.

Der gesamte Humankapitalbestand einer Volkswirtschaft setzt sich aus dem Humankapital der Wohnbevölkerung und dem Humankapital der Grenzgänger zusammen und wird durch die Humankapitalinvestitionen von Individuen, Unternehmen und Staat gebildet. Wie evident in einem Kleinstaat die Humankapitalknappheit wird, hängt somit von den Investitionsaktivitäten im Inland und dem Umfang der »Humankapitalimporte« durch Grenzgänger ab. Dabei gilt es allerdings zu beachten, dass Humankapitalinvestitionen nur dann eine gesamtwirtschaftliche Rendite abwerfen, wenn die Humankapitalträger auch tatsächlich ihr Können und Wissen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen.

Der Kleinstaat Liechtenstein weist einen im internationalen Vergleich sogar leicht überdurchschnittlichen Humankapitalstock auf. Bei den Hochschulabsolventen zeigen sich allerdings große Unterschiede zwischen Beschäftigten und Inländern. Fast jeder vierte in Liechtenstein Beschäftigte ist Akademiker, während aber nicht mal 10 Prozent der Inländer einen Hochschulabschluss vorweisen.²²⁷ Zudem sind hoch qualifizierte Zupendler vor allem in den Wachstumsbranchen der Hochtechnologieindustrie relativ stark repräsentiert, während die gut ausgebildeten inländischen Arbeitskräfte vorwiegend im öffentlichen Sektor oder den Unternehmensdienstleistungen beschäftigt sind.²²⁸ Schließlich weist Liechtenstein eine im Vergleich zu anderen europäischen Staaten unterdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung von Frauen auf,²²⁹ so dass »freiwillig« auf das Potenzial gut ausgebildeter Frauen verzichtet wird.

Die liechtensteinische Wirtschaft ist also in besonderem Maße auf hoch qualifizierte Grenzgänger angewiesen, mit denen sich ein Wachstum der originären Ressourcengrenzen in personeller Hinsicht erreichen lässt. Diese werden im Gegensatz zu den Beschäftigten mit liechtensteinischer Staatsangehörigkeit häufig unterhalb ihres Grenzproduktes entlohnt²³⁰ und Liechtenstein kann durch die Leistungserbringung von ausländischen Arbeitskräften sogar einen doppelten »Gewinn« erzielen. Entsprechend fließen in Liechtenstein auch verhältnismäßig wenig staatliche Mittel – gemessen an den öffentlichen Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Verhältnis zum BIP - in den Tertiärbe-

²²⁷ Vgl. Kellermann, Schlag (2006), S. 64.

²²⁸ Vgl. Credit Suisse (2004), S. 18.

²²⁹ Vgl. Simon (2006), S. 23 und die dort angegebenen Quellen.

²³⁰ Vgl. Studer (2004), S. 30.

reich.²³¹ In ähnliche Richtung weist auch das Ergebnis von *Gantner* und *Eibl* hinsichtlich der Bereitstellungserfordernis des Gutes Bildung durch staatliche Einrichtungen, indem sie vor allem die eigenstaatliche Bereitstellung von Kindergärten, Volksschulen und allgemein bildenden Schulen als unverzichtbar für die wirtschaftliche Prosperität von Kleinstaaten erachten.²³² Doppelte Bedeutung im Zusammenhang mit der personellen Ressourcenknappheit kommt den Kinderbetreuungseinrichtungen zu. Hier nimmt nicht nur die Investition in künftiges Humankapital seinen Anfang; darüber hinaus trägt das Angebot haushaltsnaher Infrastrukturen der (Klein-)Kinderbetreuung auch entscheidend dazu bei, dass aktuell vorhandene inländische Arbeits- und Humankapitalressourcen – vor allem von gut ausgebildeten Frauen - auch tatsächlich abgerufen werden.

Neben diesen originären Ressourcenknappheiten unterliegen Kleinstaaten auch der Bedingung, dass die interdependenten Subsysteme Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt allein aufgrund ihrer Kleinheit für **Störungen** anfälliger sind und die **Wechselwirkungen** ungleich schneller und stärker in den anderen Subsystemen zu spüren sind.

Dass ein kleines System leichter von seiner einmal eingeschlagenen Entwicklungsrichtung abgebracht werden kann, lässt sich zunächst rein physikalisch mit dem ersten Newtonschen Gesetz begründen, wengleich ein System, das sich aus verschiedenen Einzelbestandteilen und deren Verknüpfungen zusammensetzt natürlich nicht mit einer Masse im physikalischen Sinne gleich zu setzen ist. In dieselbe Richtung weist das Gesetz der großen Zahlen, das vor allem in der Versicherungswirtschaft praktische Relevanz erlangt. Das sicherungstechnische Prinzip basiert auf der Erkenntnis, dass der im Einzelfall nicht vorhersehbare Risikoeintritt und daraus resultierende Mittelbedarf für eine größere Gemeinschaft zu kalkulierbaren Größen werden.²³³ Versteht man ein Land als Sicherungsgemeinschaft, dann ergibt sich daraus, dass Kleinstaaten Zufallsereignissen ungleich stärker ausgesetzt sind, indem sie mangels Größe keinen kalkulierbaren Risikoausgleich vornehmen können.²³⁴

Übertragen auf das Wirtschaftssystem bedeutet dies, dass kleine Volkswirtschaften anfälliger für exogene Schocks sind. Zudem schlagen sich Einzelereignisse bei kleiner Grundgesamtheit stärker auf das Gesamtergebnis durch, was durch die Tatsache verschärft wird, dass der funktionale Differenzierungsgrad in degressivem Verhältnis zur Systemgröße steigt.²³⁵ So verfügt Liechtenstein beispielsweise über eine Branchenlandschaft à la carte, bei der aber einige Wirtschaftsbereiche nur durch eine sehr geringe Anzahl an Anbietern repräsentiert sind, so dass der Marktaustritt einzelner Unternehmen ganze Wirtschaftszweige aus der Branchenlandschaft tilgen kann. Ähnliche Zusammenhänge gelten auch für das Gesellschafts- und Ökologiesystem, indem angesichts der kleineren Grundgesamtheit in allen Systemen viel schneller die Gefahr droht, dass »kritische« Bestandsgrößen unterschritten werden.

²³¹ Vgl. Kellermann, Schlag (2006), S. 57.

²³² Vgl. Gantner, Eibl (1999), S. 92.

²³³ Vgl. Lampert, Althammer (2004), S. 237.

²³⁴ Vgl. Simon (2006), S. 9.

²³⁵ Vgl. Geser (1993), S. 53.

Der hier verfolgte Nachhaltigkeitsansatz zeichnet sich durch eine integrierende Perspektive aus, indem er den Interdependenzen zwischen den Subsystemen Rechnung trägt.²³⁶ In diesem Sinne können die Entwicklungen in den Einzelsystemen nicht für sich betrachtet werden, sondern müssen in ihren Auswirkungen auf die anderen Systeme und damit das Gesamtsystem bewertet werden.

Gerade diese Wechselwirkungen sind nun allerdings in Kleinstaaten ungleich schneller und stärker zu spüren, da die Systembalance in kleineren Staaten vergleichsweise instabiler ist. Dies zeigt sich exemplarisch anhand der Interdependenzen zwischen den Bereichen Beschäftigung, Verkehr und Umwelt. So haben obige Ausführungen gezeigt, dass das liechtensteinische Wirtschaftssystem auf Zupendler angewiesen ist, mit denen sich eine Ausdehnung der personellen Ressourcengrenzen erzielen und damit überhaupt Wirtschaftswachstum realisieren lässt. Steigende Grenzgängerzahlen gehen allerdings mit einem zunehmenden Verkehrsaufkommen – vor allem im Individualverkehr – einher, das die Aufnahmekapazität des derzeitigen Straßenverkehrssystems übersteigt. Ein Ausbau der Kapazitäten stößt aber gleichfalls an »natürliche« Grenzen. „Immer dort, wo neue Kapazitäten geschaffen werden, steigt das Verkehrsaufkommen. Die Strasse [...] frisst fruchtbarstes Landwirtschaftsland und zerstört die letzten Lebensräume“²³⁷ und ist zudem für rund ein Drittel der schädlichen Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Zusammenfassend verdeutlichen die Ausführungen zu den kleinstaatenspezifischen Restriktionen zum einen, dass die Zukunft der liechtensteinischen Wirtschaft eng an die (europäische) Integration und die unmittelbare, regionale Entwicklung geknüpft ist, die maßgeblich zu einer Ausweitung der originären Ressourcenknappheiten beiträgt. Dies gilt nicht nur für die personelle Ressourcenknappheit, sondern etwa auch in Bezug auf die grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur. Diese grenzüberschreitende ebenso wie die binnenstaatliche Verkehrsfrage kann allerdings nur als integraler Bestandteil einer nachhaltigen Raumplanung gelöst werden, die den wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen Nutzungsansprüchen an den knappen und nicht-vermehraren Faktor Boden gleichermaßen Rechnung trägt. „Da stehen Teilziele der langfristigen Sicherung der Entwicklung der Wirtschaft, der Infrastruktur und des Wohnens mit dem Teilziel der Sicherung des Bodens, der Pflanzen und Tiere in einem Spannungsverhältnis. Es ist die zentrale Aufgabe der Raumplanung, Ziel- und Nutzungskonflikte zu erkennen und Lösungen aufzuzeigen“²³⁸, womit der Raumordnungspolitik zentrale Bedeutung für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im Kleinstaat Liechtenstein zukommt. Schließlich ermöglichen die Ausführungen zu den kleinstaatenspezifischen Restriktionen auch eine für Liechtenstein adäquate Definition eines »angemessenen« Wirtschaftswachstums. Die Angemessenheit des liechtensteinischen Wachstums zeigt sich darin, ob die originär (relativ) knappen Ressourcen mit dem Wachstum Schritt halten können, ohne dass kritische Bestände unterschritten werden.

²³⁶ Vgl. OECD (2001), S. 36 f.

²³⁷ LGU (2006), S. 6.

²³⁸ Broggi (2001), S. 34.

5.2.2 Kleinstaatspezifische Optionen

Wenngleich die wirtschaftlichen Vorteile von Mikrostaaten in der Kleinstaatenforschung lange Zeit vernachlässigt wurden, herrscht dennoch weitestgehend Übereinstimmung²³⁹ bezüglich kleinstaatspezifischer Vorzüge - angefangen bei der Homogenität der Gesellschaft bis hin zur Entscheidungseffizienz von Regierung und Verwaltung. Anhand empirischer Untersuchungen konnte allerdings gezeigt werden, dass viele dieser Attribute entweder überhaupt nicht auf Kleinstaaten zutreffen oder aber ihr Einfluss überschätzt wird.²⁴⁰ Stattdessen kommt *Kocher* zu dem Ergebnis, dass „general sources of welfare in VSC are not easy to detect [...]. Interestingly, sovereignty and / or law-making authority seem to play an important role in enabling VSC to achieve high levels of wealth“.²⁴¹ Kleinstaaten nutzen den souveränen Handlungsspielraum, um ökonomische Nischen zu besetzen und zu ihren Nachbarstaaten ein Gesetzgebungsgefälle herzustellen, was ihnen aufgrund ihrer Kleinheit leichter möglich ist als großen Staaten. Damit werden die **institutionellen Rahmenbedingungen** für Kleinstaaten zur zentralen Wachstumsdeterminante im Rahmen des internationalen System- und Standortwettbewerbs. Die große Bedeutung gesetzlicher Regelungen für die Standortentscheidung – vor allem in Bezug auf das Steuer-, Personen- und Gesellschaftsrecht – lässt sich auch im Fürstentum Liechtenstein an Umfragen ablesen.²⁴²

Die Globalisierung verspricht in diesem Zusammenhang sowohl Chancen als auch Risiken. Die Chance liegt darin, dass die Nischenrechtsetzungspraxis erst im Zuge der freien Mobilität von Faktoren und Unternehmen seine volle Wirkung entfalten kann. Das Problem aber ist, dass im Falle der »Entfesselung« des institutionellen Wettbewerbs auch andere Staaten vermehrt versuchen, diese Nischenstrategie zu fahren. Damit droht das bisherige Alleinstellungsmerkmal von Kleinstaaten verloren zu gehen. „Wie hebt man sich in diesem Wettbewerb um Nischen aus dem Durchschnitt heraus? Das ist die Frage der Zukunft – auch aus institutioneller Sicht.“²⁴³ Parallel vollzieht sich eine gegenläufige Entwicklung, indem gerade größere Staaten passiv-defensiv²⁴⁴ auf den institutionellen Wettbewerb reagieren und diesen mittels Vorab-Harmonisierung verhindern. Auch in diesem Fall erodiert für Kleinstaaten die Möglichkeit zur Nischenrechtsetzung. Unabhängig davon, welcher Entwicklungstrend sich durchsetzen wird, stellt die Nischenrechtsetzung keine originäre und immerwährende Option (mehr) für Kleinstaaten dar.

²³⁹ Vgl. z.B. die Literaturübersicht bei Marxer (2003), S. 31 ff.

²⁴⁰ Vgl. Kocher (2003), S. 137 ff.

²⁴¹ Kocher (2003), S. 178.

²⁴² Vgl. z.B. Eisenhut (2004), S. 48.

²⁴³ Straubhaar (2005), S. 158.

²⁴⁴ Vgl. Windisch (1999), S. 141.

6 Zusammenfassung und Ausblick

Die Ausführungen haben gezeigt, dass die zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung von Kleinstaaten ein mehrdimensionales Gebilde umfasst und von zahlreichen Bedingungen in ökonomischer, ökologischer und gesellschaftlicher Hinsicht abhängt. Im Sinne der ausgewogenen Nachhaltigkeit wird auch weiterhin ein angemessenes Wirtschaftswachstum angestrebt, das allerdings qualitativ neu interpretiert werden muss. Wenngleich die mit einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung verbundenen, übergeordneten Ziele und Prinzipien – unabhängig von der Größe eines Landes – für alle Staaten gleichermaßen gültig sind, unterliegen Kleinstaaten zahlreichen originären kleinheitsbedingten Optionen und Restriktionen, die bei der auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Wirtschaftspolitik zu berücksichtigen sind.

Es wurde deutlich, dass die im Zuge der Globalisierung errungenen Wirtschaftserfolge von Kleinstaaten langfristig nur dann aufrecht erhalten werden können, wenn zum einen die sich schnell wandelnden Herausforderungen der Globalisierung immer wieder aufs Neue antizipiert und zum anderen die Chancen der Regionalisierung erkannt und genutzt werden. Die Region beliefert den Kleinstaat nicht nur mit Arbeit und Humankapital oder vergrößert seinen Binnenmarkt, sondern sichert auch die (gemeinsame) Bereitstellung von Kollektivgütern. Den Ansprüchen einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung kann der Kleinstaat nur dann gerecht werden, wenn er mit seinem Geben und Nehmen die regionale und globale Zukunftsfähigkeit (mit-)sichert.

Im Gegensatz zu vielen anderen Staatsaufgaben kann die Verantwortung für die Nachhaltigkeit der Wirtschaftsentwicklung nicht komplett outgesourct werden; stellt andererseits aber gerade für Kleinstaaten eine unabdingbare Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung dar. Die Vergangenheit hat jedoch immer wieder gezeigt, dass sich die aus der Not der Kleinheit entstandenen Wirtschaftsstrategien von Mikrostaaten vielfach als »Erfolgsgaranten« erwiesen²⁴⁵ und Kleinstaaten damit eine Pionierrolle im Staatensystem übernommen haben. Warum sollten also nicht auch ihre Strategien für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung Modellcharakter für andere – große und kleine Staaten gleichermaßen – haben? Für kleine Staaten wie Liechtenstein gilt dabei der altbekannte Slogan – allerdings in abgewandelter Form: »Global denken und lokal unter Einbeziehung der Region nachhaltig handeln!«

²⁴⁵ Vgl. Kocher (2004), S. 185.

7 Bibliographie

- Aiginger, Karl* (2004): Wirtschaftswachstum: Grundvoraussetzung für Wohlfahrtszuwachs. Spielräume zur Anhebung des Wachstumspfades, in: WISO 27 (3), S. 35 – 58.
- Aiginger, Karl; Michael Böheim, Martin Falk, Markus Marterbauer, Michael Penader* (2004): Raising Economic Growth in Austria, WIFO – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien.
- Alesina, Alberto; Romain Wacziarg* (1997): Openness, Country Size and the Government, NBER Working Paper 6024, Cambridge.
- Amt für Soziale Dienste* (1997): Armut in Liechtenstein – Bericht über Einkommensschwäche, Bedürftigkeit und Randständigkeit im Fürstentum Liechtenstein anlässlich des UNO-Jahrzehnts 1997 – 2006 zur Beseitigung der Armut, Schaan.
- Amt für Volkswirtschaft* (2000): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Liechtensteins 1998, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2005a): Beschäftigungs- und Arbeitsplätzestatistik 2005, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2005b): Bevölkerungsstatistik per 31. Dezember 2005, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2006a): Konjunkturbericht Liechtenstein. Frühjahr 2006, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2006b): Konjunkturbericht Liechtenstein. Herbst 2006, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2006c): Konjunkturtest. 3. Quartal 2006. Juli bis September, Vaduz.
- Amt für Volkswirtschaft* (2006d): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Liechtensteins 2002 und 2003, Vaduz.
- Armstrong, Harvey; Jouan de Kervenoael, Xiaming Li, Robert Read* (1998): A Comparison of the Economic Performance of Different Micro-states, and Between Micro-states and Larger Countries, in: World Development 26 (4), S. 639 – 656.
- Armstrong, Harvey; Robert Read* (1995): Western European Micro-States and EU-Autonomous Regions: The Advantages of Size and Sovereignty, in: World Development 23 (7), S. 1229 – 1245.
- Armstrong, Harvey; Robert Read* (1998): Trade and Growth in Small States: The Impact of Global Trade Liberalisation, in: The World Economy 21 (4), S. 563 – 585.
- Arnold, Lutz* (1997): Wachstumstheorie, München.
- Arvanitis, Spyros; Heinz Hollenstein* (2005): Die Schweizer Wirtschaft im internationalen Innovationswettbewerb. Eine Stärken-/Schwächen-Analyse, ETH Zentrum WEH, Zürich.
- Badinger, Harald* (2003): Wachstumseffekte der europäischen Integration, Wien.
- Baldwin, Robert E.* (2003): Openness and Growth: What's the Empirical Relationship?, NBER Working Paper 9578, Cambridge.
- Bartmann, Hermann* (2000): Substituierbarkeit von Naturkapital, Beitrag zur Wirtschaftsforschung 00-01, Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Mainz.
- Baßeler, Ulrich; Jürgen Heinrich, Burkard Utecht* (2002): Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft, 17. Aufl., Stuttgart.
- Bass, Hans-Heinrich* (1999): J. A. Schumpeter – Gedanken für das 21. Jahrhundert, in: WISU 28 (4), S. 486 – 492.
- Bass, Stephen; Barry Dalal-Clayton* (1995): Small Island States and Sustainable Development: Strategic Issues and Experience, Environmental Planning Issues 8, London.
- Barro, Robert J.; Xavier Sala-I-Martin* (2004): Economic Growth, 2. Aufl., New York.
- Bergheim, Stefan* (2005a): Globale Wachstumszentren 2020. Formel-G für 34 Volkswirtschaften, Deutsche Bank Research 313. Aktuelle Themen: Globale Wachstumszentren, Frankfurt.

- Bergheim, Stefan* (2005b): Humankapital wichtigster Wachstumstreiber. Erfolgsmodelle für 2020, Deutsche Bank Research 324. Aktuelle Themen: Globale Wachstumszentren, Frankfurt.
- Bergheim, Stefan* (2006): BIP allein macht nicht glücklich, Deutsche Bank Research 367. Aktuelle Themen: Globale Wachstumszentren, Frankfurt.
- Binswanger, Hans Christoph* (1990): Qualitative Elemente der Messung, in: Wissenschaftspolitik Beiheft 48: Qualitatives Wachstum. Ein Kolloquium der vier wissenschaftlichen Akademien der Schweiz, S. 23 – 27.
- Binswanger, Hans Christoph* (2006): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik der Marktprozesse, Marburg.
- Binswanger, Mathias* (1995): Sustainable Development: Utopie in einer wachsenden Wirtschaft, in: Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht 18 (1), S. 1 – 19.
- Breuss, Fritz* (2005): Die Zukunft der Lissabon-Strategie, WIFO Working Paper 244, Wien.
- Broggi, Mario* (2001): Raumplanung in Liechtenstein – außer Spesen nichts gewesen? – Versuch einer kritischen Bilanz, Beitrag Liechtenstein-Institut 13, Bendern, S. 33 – 42.
- Broggi, Mario* (2006): Liechtensteinische Raumentwicklung – Status, Bilanz und Perspektiven, in: Karl Martin Tanner, Matthias Bürgi, Thomas Coch (Hg.): Landschaftsqualitäten. Festschrift für Prof. Dr. Klaus C. Ewald anlässlich seiner Emeritierung im Jahr 2006, Bern u. a., S. 263 – 291.
- BUND, Misereor* (Hg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland – Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Studie des Wuppertal Institutes für Klima, Umwelt, Energie, Basel, Boston, Berlin.
- Bundesagentur für Arbeit* (2005): Mobil in Europa. Ausbildung – Studium – Arbeit. Liechtenstein, Wiesbaden.
- Bundesamt für Statistik* (2005): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Resultate 1998 bis 2003, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik* (BFS), *Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft* (BUWAL), *Bundesamt für Raumentwicklung* (ARE) (2003): Monitoring der Nachhaltigen Entwicklung. MONET. Schlussbericht – Methoden und Resultate, Neuchâtel.
- von Carlowitz, Philipp* (2003): Regionalismus in der Weltwirtschaft, Hamburg.
- Clar, Günter; Julia Doré, Hans Mohr* (1997): Humankapital und Wissen. Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung, Berlin.
- Cernavin, Oleg; Martin Führ, Martin Kaltenbach, Friedrich Thießen* (2005): Cluster und Wettbewerbsfähigkeit von Regionen. Erfolgsfaktoren regionaler Wirtschaftsentwicklung, Berlin.
- Contor GmbH* (2005): St. Galler Rheintal – Das Hochtechnologie-Tal. Standortstudie Hochtechnologie: St. Galler Rheintal im Vergleich, Hünxe, unveröffentlichte Ausgabe.
- Credit Suisse* (2004): Fürstentum Liechtenstein. Struktur und Perspektiven, Zürich.
- Daly, Hermann E.* (1997): Beyond Growth, Boston.
- Daly, Hermann E.* (1999): Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung, Salzburg.
- Deutscher Bundestag* (2002): Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten, Drucksache 14/9200, Berlin.
- Di Giulio, Antonietta* (2003): Die Idee der Nachhaltigkeit im Verständnis der Vereinten Nationen – Anspruch, Bedeutungswandel, Schwierigkeiten, Münster.
- Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), Bundesamt für Raumentwicklung (ARE)* (2004): Die Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz. Methodische Grundlagen, elektronische Ressource unter: http://www.are.admin.ch/imperia/md/content/are/nachhaltige_entwicklung/15.pdf (Abruf vom 06.07.2006).
- Easterly, William; Aart Kraay* (1999): Small States, Small Problems? Income, Growth, and Volatility in Small States, elektronische Ressource unter: <http://www.worldbank.org/html/dec/>

- Publications/Workpapers/wps2000series/wps2139/wps2139.pdf#search=%22%22Small%20States%20C%20Small%20Problems%3F%22%22 (Abruf vom 26.09.2006).
- Easterly, William; Aart Kray* (2000): Small States, Small Problems? Income, Growth, and Volatility in Small States, *World Development* 28 (11), S. 2013 – 2027.
- Eickhof, Norbert* (2003): Globalisierung, institutioneller Wettbewerb und nationale Wirtschaftspolitik, Diskussionsbeitrag 52, Universität Potsdam.
- Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement* (2002): Der Wachstumsbericht. Determinanten des Schweizer Wirtschaftswachstums und Ansatzpunkte für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik, Bern.
- Eisenhut, Peter* (2004): Entwicklung und Perspektiven der Volkswirtschaft des Fürstentums Liechtenstein. Studie im Auftrag der Regierung des Fürstentums Liechtenstein, Vaduz.
- Enquete-Kommission »Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung« des 13. Deutschen Bundestages* (1998): Konzept Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bonn.
- Gantner, Manfred; Johann Eibl* (1999): Öffentliche Aufgabenerfüllung im Kleinstaat. Das Beispiel des Fürstentums Liechtenstein, *Liechtenstein Politische Schriften* 28, Vaduz.
- Geser, Hans* (1993): Ausgangspunkte zu einer Soziologie kleiner Staaten. Drei systemtheoretische Perspektiven, in: Arno Waschkuhn (Hg.): *Kleinstaat. Grundsätzliche und aktuelle Probleme*, *Liechtenstein Politische Schriften* 16, Vaduz, S. 37 - 70.
- Geser, Hans* (2001): Was ist eigentlich ein Kleinstaat?, in: Romain Kirt, Arno Waschkuhn (Hg.): *Kleinstaat-Kontinent Europa. Probleme und Perspektiven*, Baden-Baden, S. 89 – 100.
- Giersch, Herbert* (1998): Globalisierung. Das mobile Kapital erzieht die Wirtschaftspolitik zur Verantwortung. Weltoffenheit ist ein Gut von hohem Wert, in: *Handelsblatt* vom 31. August 1998, S. 27.
- Götschel, Laurent* (1998): *Small States Inside and Outside the European Union: Interests and Policies*, Boston.
- Grabow, Busso* (2004): Weiche Standortfaktoren in Theorie und Empirie – ein Überblick, in: Friedrich Thießen, Oleg Cernavin, Martin Führ, Martin Kaltenbach (Hg.): *Weiche Standortfaktoren. Erfolgsfaktoren regionaler Wirtschaftsentwicklung*, Berlin, S. 37 – 52.
- Graff, Michael* (1995): Bildung und technischer Fortschritt als Determinanten wirtschaftlicher Entwicklung. Eine theoretische und empirische Untersuchung. *Wirtschaftswissenschaftliche Beiträge* 107, Heidelberg.
- Gstöhl, Sieglinde* (2001): Flexible Integration für Kleinststaaten? Liechtenstein und die Europäische Union, *Liechtenstein Politische Schriften* 33, Schaan.
- Handel, Michael* (1981): *Weak States in the International System*, London.
- von Hauff, Michael* (2005): Umwelttechnischer Fortschritt aus Sicht der neuen Wachstumstheorie, in: Stephan Seiter (Hg.): *Neuere Entwicklungen in der Wachstumstheorie und der Wachstumspolitik*, Marburg, S. 211 – 232.
- Hauff, Volker* (1987): *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*, Greven.
- Heiduk, Günter S.* (2005): *Außenwirtschaft. Theorie, Empirie und Politik der interdependenten Weltwirtschaft*, Heidelberg.
- Heinrichs, Harald* (2003): ‚Sustainability Science‘: Neues Selbstverständnis und neue Konzepte in der Wissenschaft, in: Annette Volkens, Corinna Fischer, Andreas Karmanski, Sonja Bartelt, Harald Heinrichs (Hg.): *Orte nachhaltiger Entwicklung: Transdisziplinäre Perspektiven. Tagungsband zum Kongress „Orte nachhaltiger Entwicklung“ vom 20. bis 22. Juni 2003 in Hamburg*, Berlin, S. 10 - 14.
- Hemmer, Hans-Rimbert; Andreas Lorenz* (2004): *Grundlagen der Wachstumsempirie*, München.

- Heubes, Jürgen* (2001): Makroökonomie, 4. Aufl., München.
- Höll, Otmar* (1978): Kritische Anmerkungen zur Kleinstaatentheorie, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 7 (3), S. 259 – 273.
- Höll, Otmar* (1983): Small States in Europe and Dependence, Wien.
- Hofmann, Antje* (2001): Humankapital als Standortfaktor – Volkswirtschaftliche Betrachtungsweisen, Aachen.
- Holtfreich, Carl-Ludwig* (1980): Wachstum. I: Wachstum der Volkswirtschaften, in: Willi Albers, Karl Erich Born, Ernst Dürr u.a. (Hg.) (1980): Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft 8, Stuttgart u.a., S. 423 – 432.
- Hooper, Antony* (Hg.) (2005): Culture and Sustainable Development in the Pacific, 2. Aufl., Canberra.
- Huber, Joseph* (1995): Nachhaltige Entwicklung durch Suffizienz, Effizienz und Konsistenz, in: Peter Fritz, Joseph Huber, Hans W. Levi (Hg.): Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Stuttgart, S. 31 – 46.
- Hummer, Waldemar* (2004): Die Kategorie des »Kleinst«- bzw. »Mikrostaates« im Völkerrecht: Vom »Kleinststaat« über den »künstlichen« zum »virtuellen« Staat, in: Eberhard Busek, Waldemar Hummer (Hg.): Der Kleinstaat als Akteur in den Internationalen Beziehungen, Liechtenstein Politische Schriften 39, Vaduz, S. 23 – 132.
- IDARio* (1995): Elemente für ein Konzept der Nachhaltigen Entwicklung: Diskussionsgrundlage für die Operationalisierung, Bern.
- Jones, Charles I.* (2002): Introduction to Economic Growth, 2. Aufl., New York, London.
- Kamps, Christophe; Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp* (2004): Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland bleibt schwach, Kieler Diskussionsbeiträge 414, Institut für Weltwirtschaft Kiel.
- Keil, Thomas* (1999): Ressourcenbeschränkungen und Wirtschaftswachstum. Theoretische Konzepte einer nachhaltigen Entwicklung, Marburg.
- Kellermann, Kersten; Carsten-Henning Schlag* (2006): Bildung als öffentliche Aufgabe in Liechtenstein – Eine ökonomische Analyse des Bildungswesens unter besonderer Berücksichtigung der Hochschule. Studie im Auftrag der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und der Hochschule Liechtenstein, KOFL-Studie 2, Vaduz.
- Keuschnigg, Christian* (2004): Venture Capital Backed Growth, in: Journal of Economic Growth 9 (2), S. 239 – 261.
- Kirt, Romain* (1999): Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung, ZEI-Discussion Paper C 52, Bonn.
- Kirt, Romain; Arno Waschkuhn* (2001): Was ist und zu welchem Zwecke betreibt man Kleinstaaten-Forschung? Ein Plädoyer für die wissenschaftliche Beschäftigung mit kleinen Nationen, in: Romain Kirt, Arno Waschkuhn (Hg.): Kleinstaaten-Kontinent Europa. Probleme und Perspektiven, Baden-Baden, S. 23 – 48.
- Koch, Walter A. S.; Christian Czogalla* (2004): Grundlagen der Wirtschaftspolitik, 2. Aufl., Stuttgart.
- Kocher, Martin G.* (2003): Very Small Countries: Economic Success Against all Odds, Liechtenstein Politische Schriften 35, Vaduz.
- Kocher, Martin G.* (2004): Aussenabhängigkeit und der öffentliche Sektor von Kleinstaaten, in: Eberhard Busek, Waldemar Hummer (Hg.): Der Kleinstaat als Akteur in den Internationalen Beziehungen, Liechtenstein Politische Schriften 39, Vaduz, S. 170 – 192.
- Komar, Walter* (1998): Inanspruchnahme von Förderkrediten für (präventive) Umweltschutzinvestitionen aus der Sicht nachhaltiger Ressourcennutzung, Diskussionspapier 76, Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

- Kurz, Rudi* (2002): Ethisches Konzept statt Modewort. Nachhaltigkeit: Leitbild einer zukunftsfähigen Entwicklung, in: BUND, Misereor (Hg.): Wegweiser für ein zukunftsfähiges Deutschland, München, S. 90 – 96.
- Kuznets, Simon* (1960): Economic Growth of Small Nations, in: E. A. G. Robinson (Hg.): The Economic Consequences of the Size of Nations, London, S. 14 – 34.
- Lammers, Konrad* (1999): Räumliche Wirkungen der Globalisierung in Deutschland, HWWA-Diskussionspapier 74, Hamburg.
- Lampert, Heinz; Jörg Althammer* (2004): Lehrbuch der Sozialpolitik, 4. Aufl., Berlin u.a.
- Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU)* (2002): Verkehr in Liechtenstein – Bestandsaufnahme und Wege für die Zukunft, Positionspapier 1, Schaan.
- Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU)* (2006): Stau in den Köpfen. Beitrag der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz, in: Liechtensteiner Vaterland vom 08. November 2006, S. 6.
- Lopez-Claros, Augusto; Michael E. Porter, Xavier Sala-I-Martin, Klaus Schwab* (2006): The Global Competitiveness Report 2006 – 2007. Creating an Improved Business Environment, World Economic Forum, Genf.
- Luks, Fred* (2001): Die Zukunft des Wachstums. Theoriegeschichte, Nachhaltigkeit und die Perspektiven einer neuen Wirtschaft, Marburg.
- Luks, Fred* (2005): Innovationen, Wachstum und Nachhaltigkeit. Eine ökologisch-ökonomische Betrachtung, in: Frank Beckenbach, Ulrich Hampicke u. a. (Hg.): Innovationen und Nachhaltigkeit. Jahrbuch Ökologische Ökonomie 4, Marburg, S. 41 – 62.
- Majer, Helge* (1994): Wirtschaftswachstum. Paradigmenwechsel vom quantitativen zum qualitativen Wachstum, 2. Aufl., München, Wien.
- Marxer, Wilfried* (2003): Liechtensteins Wohlstand – wie er entstanden ist. Eine Literaturanalyse, Beitrag Liechtenstein-Institut 16, Bendern.
- McGuckin, Robert H.; Matthew Spiegelman, Bart van Ark* (2005): The Retail Revolution. Can Europe Match U.S. Productivity Performance? Perspectives on a Global Economy, The Conference Board.
- Molitor, Bruno* (2001): Wirtschaftspolitik, 6. Aufl., München.
- Müller-Christ, Georg* (2005): Unternehmen als Träger des Leitbildes Generationengerechtigkeit. Von der normativen zur rationalen Perspektive, in: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Hg.): Unternehmen und Generationengerechtigkeit 1/2005, S. 1–5.
- Mussel, Gerhard; Jürgen Pätzold* (2001): Grundfragen der Wirtschaftspolitik, 4. Aufl., München.
- Neuhaus, Marco* (2005): Vorsprung durch Öffnung. Integration in Weltwirtschaft lässt Wachstumsrate steigen, Deutsche Bank Research 325. Aktuelle Themen: Globale Wachstumszentren, Frankfurt.
- Neumann, Iver B.; Sieglinde Gstöhl* (2004): Lilliputians in Gulliver's World? Small States in International Relations, Centre for Small State Studies, Working Paper 1-2004, Reykjavik.
- Neumayer, Eric* (2003): Weak versus Strong Sustainability: Exploring the Limits of Two Opposing Paradigms, 2. Aufl., Cheltenham.
- OECD* (1995): Technologies for Cleaner Production and Products – Towards Technological Transformation for Sustainable Development, Paris.
- OECD* (2001): Sustainable Development. Critical Issues, Paris.
- OECD* (2003): The Sources of Economic Growth in OECD Countries, Paris.
- OECD* (2006): Die OECD in Zahlen und Fakten 2006. Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft, Paris.
- Oehry, Wilfried* (2000): Der Aufbau einer Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Kleinstaat Liechtenstein, Schaan.

- Oehry, Wilfried* (2006): Veränderungsprozesse bewusst steuern. Interview von Desirée Frank-Vogt, in: Liechtensteiner Vaterland vom 24. Oktober 2006, S. 11.
- Olafsson, Björn G.* (1998): Small States in The Global System. Analysis and Illustrations from the Case of Iceland, Aldershot.
- Ott, Dana* (2000): Small is Democratic. An Examination of State Size and Democratic Development, New York.
- Ott, Konrad; Ralf Döring* (2004): Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit, Marburg.
- Pállinger, Zoltán Tibor* (2005): Herausgeforderte Demokratie: Zukunfts- oder Auslaufmodell?, Beitrag Liechtenstein-Institut 27, Bendern.
- Pfusterschmid-Hardenstein, Heinrich* (2001): Kleinstaat. Kleinstaat?, Wien.
- Pitsoulis, Athanassios* (2004): Entwicklungslinien ökonomischen Denkens über Systemwettbewerb, Marburg.
- Radke, Volker* (1999): Nachhaltige Entwicklung. Konzept und Indikatoren aus wirtschaftstheoretischer Sicht, Heidelberg.
- Regierung des Fürstentums Liechtenstein* (2000): Interpellationsbeantwortung der Regierung an den Landtag des Fürstentums Liechtenstein 147/2000, Vaduz.
- Regierung des Fürstentums Liechtenstein* (2005): Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag des Fürstentums Liechtenstein betreffend 10 Jahre Mitgliedschaft des Fürstentums Liechtenstein im Europäischen Wirtschaftsraum 102/2005, Vaduz.
- Reichel, Richard* (2002): Ökonomische Theorie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften, Wiesbaden.
- Rode, Reinhard* (2002): Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Münster.
- Rogall, Holger* (2000): Bausteine einer zukunftsfähigen Umwelt- und Wirtschaftspolitik: Eine praxisorientierte Einführung in die neue Umweltökonomie und Ökologische Ökonomie, Berlin.
- Rothschild, Kurt W.* (1993): Kleinstaat und Interdependenz. Anmerkungen zur Kleinstaatentheorie aus ökonomischer Sicht, in: Arno Waschkuhn (Hg.): Kleinstaat. Grundsätzliche und aktuelle Probleme, Liechtenstein Politische Schriften 16, S. 71 – 88.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* (2002): Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum, Jahresgutachten 2002/03, Wiesbaden.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* (2003): Staatsfinanzen konsolidieren – Steuersystem reformieren, Jahresgutachten 2003/04, Wiesbaden.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* (2004): Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland, Jahresgutachten 2004/05, Wiesbaden.
- Schlag, Carsten-Henning* (2005): Konjunktur- und Wachstumsanalyse für das Fürstentum Liechtenstein. Liechtensteinische Wirtschaft überwindet Zwischentief, KOFL Konjunkturbericht 2/2005, Vaduz.
- Schumpeter, Joseph A.* (1993): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung: eine Untersuchung über Unternehmerrgewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus, 8. Aufl., Berlin.
- Siebert, Horst* (2000): Außenwirtschaft, 7. Aufl., Stuttgart.
- Simon, Silvia* (2006): Ist Liechtensteins Entwicklung zukunftsfähig? Einblicke und Ausblicke, Beitrag Liechtenstein-Institut 35, Bendern.
- Solow, Robert M.* (1988): Growth Theory and After, in: American Economic Review 78, S. 307 – 317.
- Solow Robert* (2000): Growth Theory: An Exposition, 2. Aufl. New York.
- Steuere, Reinhard* (2002): Der Wachstumsdiskurs in Wissenschaft und Politik, Berlin.
- Straubhaar, Thomas* (2005): Kleinststaaten im globalen Standortwettbewerb, in: Thomas Bruha, Zoltán Tibor Pállinger, Rupert Quaderer (Hg.): Liechtenstein – 10 Jahre im EWR. Bilanz, Herausforderungen, Perspektiven, Liechtenstein Politische Schriften 40, Vaduz, S. 155 – 160.

- Strittmatter Partner AG* (2003): Einwohner und Arbeitsplätze. Grundlagenanalyse und Prognose, St. Gallen.
- Strittmatter Partner AG* (2006): Landesrichtplanung Richtplanbericht. Gesamtbericht, St. Gallen.
- Ströbele, Wolfgang* (1984): Wirtschaftswachstum bei begrenzten Energieressourcen, Berlin.
- Studer, Lucia* (2004): Analyse der Arbeitsmärkte und der Arbeitskräftewanderungen im Fürstentum Liechtenstein und in Vorarlberg, Regensburg.
- Temple, Jonathan* (1999): The New Growth Evidence, in: *Journal of Economic Literature* 31 (1), S. 112 – 156.
- Thibaut, Matthias; Helmut Hauschild, Klaus Stratmann* (2006): Klimawandel bedroht Weltwirtschaft, in: Handelsblatt vom 31. Oktober 2006, S. 1.
- Thöne, Michael* (2005): Wachstums- und nachhaltigkeitswirksame öffentliche Ausgaben (WNA), FiFo-Bericht 2, Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln.
- Thorhallsson, Baldur* (2000): The Role of Small States in the European Union, Aldershot.
- Tremmel, Jörg* (2003): Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure, München.
- Umweltbundesamt (UBA)* (2003): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die Zukunft dauerhaft umweltgerecht gestalten, Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung, Berlin.
- United Nations* (2001): Indicators of Sustainable Development: Guidelines and Methodologies, New York.
- Vanberg, Viktor* (2005): Auch Staaten tut Wettbewerb gut. Eine Replik auf Paul Kirchhof, Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik 2/2005, Freiburg.
- Vielgrader, Mario* (2000): Mikrostaaten in Europa – Ein Paradoxon im Zeitalter von Interdependenz und Globalisierung?, Dissertation, Universität Wien.
- Voßkamp, Rainer; Jens Schmidt-Ehmcke* (2006): Die Beiträge von Forschung, Entwicklung und Innovation zu Produktivität und Wachstum. Schwerpunktstudie zur „Technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands, DIW Berlin: Politikberatung kompakt 15, Berlin.
- Waschkuhn, Arno* (1993) (Hg.): Kleinstaat. Grundsätzliche und aktuelle Probleme, Liechtenstein Politische Schriften 16, Vaduz.
- Werner, Welf* (2004): Globalisierung und Globalisierungs-backlash: Ein Vergleich zur Zeit vor 1914, in: Renate Ohr (Hg.): Globalisierung – Herausforderung an die Wirtschaftspolitik, Berlin, S. 9 – 45.
- Willeke, Rainer* (2002): Nachhaltigkeit durch Wachstum, Kölner Texte und Thesen 66, hrsg. vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln.
- Windisch, Rupert* (1999): Globalisierung, Systemwettbewerb und Steuerpolitik, in: Norbert Andel (Hg.): Probleme der Besteuerung II. Sonderdruck, Berlin, S. 127 – 174.
- Wirsching, Max* (2005): Der demographische Wandel und dessen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, in: Mittelstands- und Strukturpolitik 32, KfW-Research, Frankfurt, S. 13 – 36.
- Woll, Artur* (2000): Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 13. Aufl., München.
- World Commission on Environment and Development (WCED)* (1987): Our Common Future, Reprint, Oxford.
- Zimmermann, Melanie; Stefan Rostock, Christoph Bals* (2004): Nachhaltigkeit im Finanzsektor. Nachhaltig investieren, hrsg. von Germanwatch e.V., Berlin.

